

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 1, Jänner 2014 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

Wohnungsfonds kann Hilfe bringen

Vorschlag Werkwohnung Neu

Seite 2-3

foto: schoepfung.eu



*Wenn der Winter so mild bleibt
wie bisher, brauchen sich die
Krokusse nicht durch den
Schnee zu kämpfen.*

KPO

Eintritt: frei
Benefiz zugunsten von
Alpha Nova und Achterbahn



Der Ball für Alle
**Volkshaus
Redoute**
mit **KANAL 4**

25.1.2014 20:00

Einlass: 19:00

Volkshaus Graz

Lagergasse 98a, 8020 Graz

0316 712479

Tag der offenen Konten:



121.475 Euro vom Gehalt gespendet



Stadträtin Elke Kahr (Mitte) sowie die Landtagsabgeordneten Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler spendeten mehr als die Hälfte ihrer Politikerbezüge, um in Not geratenen Menschen zu helfen.

„KP-Politiker beispielhaft!“. Das ist keine Eigenwerbung. Dieser Satz findet sich am 28. Dezember auf Seite 1 der Steirerkrone. Die Zeitung weist damit auf den Tag der offenen Konten hin. Immerhin hat die KPÖ seit 1998, als Ernest Kaltenegger diese Offenlegung eingeführt hat, fast 1,5 Millionen Euro gespendet und Jahr für Jahr darüber Rechenschaft abgelegt.

2013 wurden 1036 Personen mit einer Gesamtsumme von 121.475 Euro unterstützt, davon kamen 50.232 Euro von Stadträtin Elke Kahr.

Die KPÖ-Stadträtin berichtet: „2013 hatten wir einen Rekord bei den Beratungsgesprächen. 4.215 Familien und Personen waren mit Terminen in unserem Büro angemeldet. Gemeinsam mit meinen Mitarbeitern konnten

wir konkrete Hilfe und Beratung anbieten. Vielen konnte praktisch geholfen werden, für viele war es wichtig, jemanden zu haben, der ihnen zuhört. Auch wenn wir nicht immer eine Lösung haben, versuchen wir niemanden ohne Hoffnung fortgehen zu lassen und den Leuten Mut zu machen.

Kahr: „Durch diese Gespräche lernen wir viel dazu. Wir sehen die Mängel und Probleme unserer Gesellschaft besser und bekommen einen tiefen Einblick in die Lebenssituation der Leute.“

Die meisten Gelder gehen für Betriebskostennachzahlungen, Mietzuschüsse, Kauttionen, Strom- und Heizungskosten, Schul- und Spitalskosten und vor allem für den Einkauf von Lebensmitteln auf. Zuschüsse für den Ersatz von E-Geräten und Möbeln werden immer öfter gebraucht.

Parteienförderung

Nocheinmal 51.081 Euro für 269 Personen wurden von der KPÖ-Graz ausbezahlt. „Wir halten das Versprechen, dass wir eine große Summe der erhöhten Parteienförderung an Menschen in finanzieller Not weitergeben“, so Kahr.



Teuerung stoppen!

WOHNBAUINITIATIVE DER KPÖ: WOHNRAUM FÜR

Wohn-Alternativen

KPÖ forciert einen „Wohnungsfonds für Berufstätige“, um Pendlern eine Wohn-Alternative zum Verkehrsalltag zu bieten.

Die angespannte Situation am Grazer Wohnungsmarkt ist allgemein bekannt. Obwohl viele Wohnungen gebaut werden, ist es besonders für sehr viele Menschen von auswärts schwierig, eine leistbare Wohnung zu finden. Unter ihnen sind viele Berufseinsteiger, die rasch eine Wohnung benötigen, weil sie in Graz Arbeit gefunden haben. Denn Gemeindewohnungen sind nicht unbegrenzt vorhanden und daher mit Wartezeiten verbunden. Auch die Tatsache, dass es kaum mehr Werks- und Dienstwohnungen für Arbeiter und Angestellte in Graz gibt, verschärft die Situation. Viele große Firmen haben die begehrten Wohnungen bereits abgestoßen.

Pendleralltag

Viele dieser Menschen sehen oft keine andere Alternative als täglich von ihrer Heimatgemeinde nach Graz einzupendeln. Bei den Einpendlern liegt die Stadt Graz mit rund 93.000 Menschen – 5.000 davon pendeln sogar aus einem anderen Bundesland in die Landeshauptstadt – an der Spitze. Eine logische Konsequenz, da sich

rund 50 Prozent der steirischen Arbeitsplätze im Großraum Graz befinden. Die negativen Auswirkungen sind bekannt: Sie betreffen zum einen die Beschäftigten selbst, die durch weite tägliche Fahrten zum oder vom Arbeitsplatz einer Stresssituation ausgesetzt sind, sie tragen zu einem verstärkten Verkehrsaufkommen und einer Verschlechterung der Luftqualität. Auch für die Stadt Graz ergibt sich eine negative Bilanz, da Menschen, die gerne in dieser Stadt leben würden, hier nicht gemeldet sind und die entsprechenden Ertragsanteile seitens des Bundes ausbleiben.

Vorteile für Grazer Betriebe

Aber auch für Unternehmen ergeben sich Nachteile, wenn qualifizierte Personen nicht nach Graz arbeiten kommen, weil das Wohnen hier für sie zu teuer ist. „Es wäre daher sehr wohl im Interesse des Wirtschaftsstandortes als auch im Interesse der Beschäftigten sowie der Stadt Graz selbst, Strukturen und Möglichkeiten zu schaffen, die eine Wohnver-



ZITIERT

„Warum hat die gemeldete Wirtschaftserholung keine positive Auswirkung auf große Teile der Bevölkerung? Ganz einfach deshalb, weil der gemeldete wirtschaftliche Erfolg teilweise auf wachsender Armut von Arbeitnehmern aufbaut.“

Helga Spindler, Arbeits- und Sozialrechtsschwerpunkt (Telepolis, 5.1. 2014)

Haben wir „über unseren Verhältnissen gelebt“? Gewinn- und Besitzeliten profitierten verhältnismäßig immer mehr vom Wirtschaftswachstum, da sie einen immer größeren Anteil der erwirtschafteten Leistungen erhielten. (...) Auch der Unterschied zwischen den Beziehern niedriger und hoher Einkommen klappt immer weiter auseinander. Anders gesagt: Die Mehrheit der Menschen hat sogar

BERUFSTÄTIGE SCHAFFEN

tive für Pendler

sorgung für diese Personengruppe gewährleistet“, so Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

Wohnraumschaffung durch Fonds

„Wir denken dabei an die Schaffung eines Fonds unter Beteiligung von Wirtschaftskammer, Österreichischem Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung, Land Steiermark und der Stadt Graz“, erklärt Elke

Kahr. „Ziel des Fonds soll es sein, Personen, die berufsbedingt nach Graz ziehen wollen, unbürokratisch Wohnraum zur Verfügung zu stellen.“ Ein solcher „Wohnungsfonds für Arbeitnehmer“ könnte einerseits selbst Wohnraum erwerben, um den Neuzugezogenen günstige möblierte Apartments in Graz zur Verfügung zu stellen. Andererseits ist eine finanzielle Starthilfe für die Betroffenen in Form von Unterstützungen bei den Wohnungseinsteigskosten denkbar.

foto: cc wikicommons

Wiener Vorbild

Der „Zuwanderer-Fonds“ wurde 1971 von der Stadt Wien und den Sozialpartnern (AK, Österreichischer Gewerkschaftsbund, WK, IV) mit dem Ziel gegründet, Menschen, die aus dem In- und Ausland nach Wien zuziehen wollen, schnell und unbürokratisch Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Der Fonds kann heute rund 2.900 möblierte Apartments in Wien anbieten.

Werkwohnungen, wie sie z. B. die Firma Puch zur Verfügung stellte, gibt es heute kaum mehr.



unter „ihren“ Verhältnissen gelebt.
(Blog Arbeit und Wirtschaft, Beigewum
2. Jänner 2014)

„Der steirische SPÖ-Chef Franz Voves hat sich Papiere schreiben lassen und glauben lassen, er sei ein Linker, was sich angesichts der Politik in der Steiermark mit Pfleregeregess und Kürzungen im Sozialbereich ebenfalls als unglaublich herausgestellt hat.“ Kurt Flecker, Standard, 30. 12. 2013)

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch hat seine Kritik an der Euro-Rettungspolitik verschärft. „Die sogenannte Euro-Rettungspolitik halte ich nach wie vor für ökonomisch grundfalsch und den nachfolgenden Generationen gegenüber für unverantwortbar. Sie bedroht zudem das friedliche Miteinander in Europa“. Handelsblatt online, 31. 12. 2014

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr



Teure Denkmäler

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Was haben die Menschen in unserer Stadt davon, wenn immer wieder neue Prestigeprojekte angekündigt werden?

Ihr Leben wird nicht leichter, wenn sich ein Politiker ein teures Denkmal setzt. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, dass sie es sind, welche die Kosten dafür tragen müssen – und zwar auch dann noch, wenn er schon lange nicht mehr in Amt und Würden ist. Verantwortung sieht anders aus. Wenn es bei uns fast 19.000 vorgemerkte Arbeitslose gibt, dann hilft es niemandem, wenn die Politik so tut, als ginge sie dies nichts an, und lieber über Gondeln und Luftprojekte redet.

Hier müsste man helfen. Hier braucht man neue Ideen. Die

Politiker geben so viel Geld für ihre Selbstdarstellung und für Berater aus. Einen Großteil ihrer Energie und öffentlicher Fördergelder wenden sie für PR-Artikel in Zeitungen und öffentlichkeitswirksame Fernsehauftritte auf. Wir brauchen aber eine Kraftanstrengung, um in unserer Stadt in kurzer Frist neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auch ein Sonderwohnbauprogramm für Gemeindewohnungen oder für neue Firmenwohnungen würde sich anbieten. Das wäre für die Menschen in unserer Stadt gut und würde auch das Ansehen der Politik wieder heben.

Ihre KPÖ-Stadträtin
Elke Kahr
Tel. 0316 / 872–20 60

KLEIN, aber MIT BISS



„Es gibt neue Rekorde: Die Arbeitslosenzahlen und die Parteienförderung sind so hoch wie nie. Ob das eine mit dem anderen zusammenhängt?“

AUS DEM INHALT

Interessantes zu Mietverträgen	4
Wohnen auf Kasernengrund5
Aus dem Grazer Gemeinderat	...6
Das Bauamt kommt7
Arbeiterkammerwahl:	
GLB-KPÖ Liste 5 wählen8/9
Feinstaub 10
Aus den Stadtbezirken11-12
Grazer Wirtshauskultur 13
Februar 1934: Jahrestag 14
Weg mit dem Regress 15
Lehrlingsprobleme 17
Volkshaus-Redoute 18
alpha nova 19
Frauenbeauftragte 21
Termine, Kleinanzeigen,	
Impressum21-23

§§ Fragen zum Mietrecht §§

OHNE SCHRIFTLICHEN MIETVERTRAG KEINE RECHTE?

„Ich habe ja keinen Mietvertrag“, antwortete die Grazerin Ida L. verzweifelt auf den Hinweis, dass sie die Aufforderung ihres Vermieters, bis zum Ende des Monats auszuziehen, ignorieren könne.

ihren Mietern möglichst wenig Rechte zugestehen, wenn sie ihnen keinen schriftlichen Vertrag geben. Sollen sie nur, solange Mieter ohne schriftlichen Mietvertrag wissen, dass das nicht stimmt. Wichtig ist, dass man sich nicht einschüchtern lässt und aus Angst beispielsweise Kündigungen oder Mietzinserhöhungen unterschreibt.

Bleiben Sie ruhig, unterschreiben Sie nichts und suchen Sie eine Beratungsstelle wie das Büro von Stadträtin Elke Kahr im Rathaus oder die Wohnungsinformationsstelle am Schillerplatz 4 auf!

Ida L., die bereits seit vier Jahren in ihrer Wohnung lebt, hat sehr wohl einen Mietvertrag, und zwar einen mündlichen. Dieser ist durch die simple Tatsache, dass sie in der Wohnung wohnt und der Vermieter die Miete annimmt (Bestätigung verlangen oder Kontoauszüge aufbewahren!), zustande gekommen und genauso viel „wert“ wie ein schriftlicher Vertrag. Mündliche Mietverträge haben gegenüber schriftlichen sogar einige Vorteile wie beispielsweise die Tatsache, dass sie immer unbefristet sind. Einziger Nachteil mündlicher Verträge: Man kann nicht um Wohnbeihilfe ansuchen. Ida L. wohnt übrigens noch immer in ihrer Wohnung.

Noch immer glauben viele Vermieter – irrtümlich – dass sie



von Alfred Strutzenberger, Mietrechtsexperte im Büro von Stadträtin Kahr.

Hauptmieter – Untermieter

Ähnlich wie der Vermieter von Frau L. denken auch jene



Mietverträge bedürfen nicht der Schriftform: Auch mündliche Verträge sind gültig



Wohnen in Graz:

Von der Wohnungssuche bis zu Problemen und Streitfällen: Wenn Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5450) oder an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2060).

Vermieter, die ihren Mietern „Untermietverträge“ ausstellen in der Hoffnung, sie damit rechtlich schlechter zu stellen. Grundsätzlich gilt: Mietverträge die zwischen Eigentümer und Mieter abgeschlossen werden, sind Hauptmietverträge. Sollten Sie für die Gewährung einer Wohnbeihilfe einen (vergebürhten) Hauptmietvertrag, der auch als solcher bezeichnet ist, vorweisen müssen, gibt es bei der Schlichtungsstelle die Möglichkeit, einen Antrag auf Anerkennung als Hauptmieter(in) zu stellen. Dasselbe gilt, wenn der Vermieter mit einem Dritten (meist Verwandte) einen Scheinhauptmietvertrag abschließt und dieser mit dem eigentlichen Mieter einen Untermietvertrag vereinbart.

Bei Fragen zum Thema Miete und Mietrecht, kontaktieren Sie uns bitte, siehe Kasten rechts oben: „Wohnen in Graz“.

Mieter-Notruf

Elke Kahr. KPO

Tel. 0316 **71 71 08**

**Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten.
 Mit Wohnungsstadträtin Elke Kahr**

Wir überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen sowie die Rechtmäßigkeit und Höhe von Provisionen, wir beraten bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir helfen, wenn es Probleme bei der Kautionsrückzahlung gibt, aber auch bei anderen Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)



RAT UND HILFE

Mieterschutzverband
 Sparbersbachgasse 61
 Tel. 0316 / 38 48 30
 www.mieterschutzverband.at

KOMPETENZ IN MIETERSCHUTZ

Wohnen auf Kasernengrund

Von der KPÖ-Initiative bis ins Regierungsprogramm



Eine Idee wird Wirklichkeit: Heute liegen bereits die Pläne für Wohnbauten am Gelände der ehemaligen Hummelkaserne vor.

Es war im Februar 2006. Damals startete die Grazer KPÖ die Initiative „Gemeindewohnungen auf Kasernengrund“. In einem Antrag wurde der Bund aufgefordert, „den Gemeinden - so auch der Stadt Graz - Kasernengrundstücke zu günstigen Bedingungen und zum Zwecke des Baus von Gemeindewohnungen zur Verfügung zu stellen.“

befinden, auch für konkrete Maßnahmen gegen die Wohnungsnot nützen könnte. Ohne die Initiativen der Grazer KPÖ wäre man vielleicht niemals dazu gebracht worden.

Erfolgreiche Unterschriftenaktion

Stadträtin Elke Kahr ließ es nicht bei einem Antrag im Gemeinderat bewenden. Bereits im März 2006 startete die KPÖ eine Unterschriftenaktion für Gemeindewohnungen auf Kasernengrund. Diese Petition wurde in kürzester Zeit von mehr als 10.000 Grazerinnen und Grazern unterzeichnet und am 12. Juli 2006 im Parlament übergeben. Die damalige schwarzblaue Koalition hielt nichts davon. Verteidigungsminister Platter (VP) ließ mitteilen, dass „ein Verkauf von Liegenschaften unter dem ortsüblichen Preis die Reform des österreichischen Bundesheeres gefährden“ würde. Und auch unter seinem Nachfolger Darabos von der SPÖ gab es keine Haltungsänderung der Regierung.

Dabei hatte sich der Grazer Gemeinderat mittlerweile einstimmig dafür ausgesprochen, das Areal der Hummelkaserne auch für den Bau von Gemeindewohnungen zu

nutzen. Auch im Bereichsabkommen Wohnen nach der Gemeinderatswahl 2008 war dieses Ziel enthalten.

Die Verhandlungen der Stadt mit dem Bund waren aber äußerst schwierig. Erst am 18. November 2010 konnte der Gemeinderat den Ankauf von 38.000 Quadratmeter (etwas mehr als die Hälfte der Gesamtfläche der Hummelkaserne), um 2,7 Millionen Euro beschließen. Auf diesem Areal werden vorrangig 90 Gemeindewohnungen

errichtet und es entsteht ein neues GGZ-Pflegeheim. Die Fertigstellung der Gemeindewohnungen erfolgt voraussichtlich noch 2014.

Stadträtin Elke Kahr: „Dieses positive Beispiel in Graz hat anscheinend dazu geführt, dass die Regierung den Bau von Gemeindewohnungen auf Kasernengrund als eine der Möglichkeiten ansieht, um leistbares Wohnen in der Stadt möglich zu machen. Druck von unten kann auch unter schwierigen Bedingungen etwas bewirken.“

Fast acht Jahre später kann man im Programm der Bundesregierung lesen: „Nutzung von Kasernenverkäufen für den Zweck der leistbaren Wohnraumschaffung, Reservierung eines bestimmten Anteils der Kasernenflächen für geförderte Wohnungen sowie Einräumung eines Vorkaufsrechts für den geförderten Wohnbau“ (Regierungsprogramm 2013-2018, S. 60).

Im Glauben, dass man die Kasernengrundstücke um teures Geld an private Investoren verkaufen und damit Budgetlöcher stopfen könnte, hat man seitens des Bundes viele Jahre vertan, bis man auch dort darauf gekommen ist, dass man diese Areale, die sich im Besitz der öffentlichen Hand



Strom: Privatisierung mit Folgen

Die EU und ihre Richtlinien haben bewirkt, dass die Stromversorgung der Stadt Graz (Holding Graz) ausgeschrieben werden musste. Das hat zur Folge, dass zwei von neun Losen (Haus-Graz-Straße und Messe- und Congress-MCG) ab 1. 1. 2015 nicht mehr von der Energie Graz (EGG), sondern vom E-Werk Gösting mit elektrischem Strom beliefert werden.

Für die Stadt gibt es eine Kostenreduktion. Die Energie Graz (an der die Stadt zur Hälfte beteiligt ist) verliert aber eine Million Euro an Umsatz.

Wenn die Stadt Graz seinerzeit den Energiebereich der Stadtwerke nicht teilprivatisiert hätte, wäre diese Ausschreibung – auch nach den Gesetzen der EU – nicht notwendig gewesen. So beißt sich die Katze in den Schwanz.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

SENIOREN-SCHWIMMEN

Jeden Montag zwischen 9 und 12 Uhr wird im Grazer Bad zur Sonne das Seniorenschwimmen angeboten. Um 2 Euro – für Mindestpensionisten nur 1 Euro – können sich ältere Menschen auch mit geringem Einkommen sportlich betätigen.



„Das Angebot ist so beliebt, dass das Bad um diese Zeit überfüllt ist“, weiß KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer. Sie setzte sich für die Ausweitung dieses Angebots ein.

MILCH IST GESUND

KPÖ Gemeinderätin Christine Braunersreuther regte im Gemeinderat die Aufstellung von Frischmilchautomaten an frequentierten Orten wie Spielplätzen oder vor Schulen an.



BEFREIUNG VON DER HUNDEABGABE

Im Zuge der Gemeinderatsdebatte über die neue Hundesteuer forderte KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann, dass Personen, die einen Hund aus dem Tierheim aufnehmen, bei Vorliegen eines Hundekundenachweises von der Hundesteuer befreit werden sollten.

IM INTERESSE DER FAHRGÄSTE

KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch setzt sich für Verbesserungen bei den Holding Graz-Linien ein. Er beantragte eine bessere Ausleuchtung der Fahrpläne in den Wartehäuschen. „Teilweise sind sie schon am späten Nachmittag schwer oder gar nicht mehr lesbar“, weiß Fabisch. Weiters fordert er, die Straßenbahnen mit klaren Linienbezeichnungen an ihren Längsseiten auszustatten. Den meisten fehlt eine solche, was zu Verwechslungen führt.

PARTEIENFÖRDERUNG – GRIFF IN DIE STADTKASSE

Im Gemeinderat wurde die vom Land beschlossene Erhöhung der Parteienförderung bestätigt. Die KPÖ hat dagegen gestimmt. Bereits im Mai wurde eine Verdoppelung der Parteien- und Klubförderungsgelder in Graz beschlossen – ebenfalls gegen die Stimmen der KPÖ.



„Die Parteienförderung wird erhöht, während bei den Leistungen für die Bevölkerung gekürzt wird“, machte Stadträtin Elke Kahr deutlich. Besonders ärgerlich: die automatische Anpassung an die Teuerung. „Bei Wohnbeihilfen, Pensionen oder der Familienbeihilfe ist von automatischen Erhöhungen

keine Rede, bei der Parteienförderung aber schon. Das ist unverantwortlich!“, machte KPÖ-Gemeinderat Kurt Luttenberger in seiner Wortmeldung klar.

Widersprüchlich Grüne und FP. Zwei Tage zuvor im Landtag stimmten sie gegen die Erhöhung der Parteienförderung. Im Grazer Gemeinderat stimmten sie dafür.



Sozialcard

11.700 Menschen haben derzeit die Sozialcard der Stadt Graz, fast doppelt so viele hätten Anspruch darauf.

Die Leistungen reichen von der Brennstoffaktion und der Weihnachtsbeihilfe (insgesamt 105 Euro) über die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“, bis hin zur „Grazer Sozialcard Mobilität“, mit der man um 50 Euro ganzjährig die öffentlichen Verkehrsmittel in Graz nutzen kann.

2012 wurde die Sozialcard in Graz eingeführt. Seit 1993 hatte die KPÖ dafür gekämpft.

Grazerinnen und Grazer, die Anspruch auf eine GIS-Gebührenbefreiung haben, können die Sozialcard beantragen.

Schmiedgasse 26, 2. Stock, Zimmer 232

Öffnungszeiten: Mo. 8 – 16 Uhr, Di.–Do. 8–12.30 Uhr

www.graz.at/sozialcard

Schildbürgerstreich: Verkaufen und zurückmieten

In der Laubgasse liegt der kleine Heimgarten „Freie Erde“. Zuletzt war ein Großteil der Fläche im Besitz der GBG. Der bevorstehende Verkauf dieses Grundstücks an den Zentralverband der Kleingärtner

und Siedler bietet einen beispielhaften Einblick in die Geschäftsgebarung der Stadt Graz. Die GBG ist eine Tochtergesellschaft der Stadt, zum Ankauf städtischer Immobilien unter Zuhilfenahme von



Kredit, für die letztlich die Stadt selbst haftet. Die GBG vermietet die Grundstücke anschließend an die Stadt zurück. Ein Schildbürgerstreich, wie der Fall Laubgasse zeigt: 193.749,-

Euro bezahlte die GBG vor zehn Jahren, um die Fläche von 1.572 m² zu erwerben. Für die Stadt ein „Verkaufserlös“, der (einmalig) geeignet war, die Budgetzahlen schöner ausschauen zu lassen. Allerdings musste die Stadt ab dem Zeitpunkt des Verkaufs Miete an die Gesellschaft zahlen: 4.990,50 Euro jährlich, macht in zehn Jahren rund 50.000 Euro. Vom Zentralverband wurde jährlich ein Anerkennungszins von 110,04 Euro überwiesen, bleiben jährliche Kosten für die Stadt von 4.880,46 Euro.

Rund zwei Millionen machten in der Vergangenheit die jährlichen Immobilienverkäufe der Stadt Graz an die GBG aus. Die finanziellen Trickereien rächen sich jetzt – mit jährlich steigenden Mieten an die GBG.

Bau- und Anlagenbehörde vor Ort Neu: Das Amt kommt zu Ihnen

Wie komme ich mit meinem Baubeglehen ans Ziel? An wen kann ich mich mit meiner Frage wenden? Wie ist das eigentlich mit der Sperrstundenregelung? – Um Antwort auf diese und viele weitere Fragen zu geben, ist die Bau- und Anlagenbehörde jetzt in den Bezirken unterwegs.

Die erste Bezirkssprechstunde mit dem Team der Bau- und Anlagenbehörde findet im Gebäude der Technischen Universität statt.



nat in einem anderen Bezirk Halt gemacht: Im Februar im Bezirk Geidorf, im März in Lend usw.

Die für den jeweiligen Bezirk zuständigen Fachleute (Juristen, Ingenieure, Baukontrollore) werden vor Ort informieren. Die Bezirkssprechstunde beginnt jeweils um 17 Uhr mit einer Vorstellung des Teams durch Stadträtin Elke Kahr. Auch allgemeine Informationen, etwa über Einspruchsmöglichkeiten und Fristenläufe, werden gegeben. Im Anschluss können die Anwesenden Fragen stellen. „Nicht alles wird sofort an Ort und Stelle geklärt werden können. Für detailliertere Auskünfte wird man trotzdem die Behörde aufsuchen müssen, aber mit den richtigen Ansprechpersonen an der Hand tut man sich schon bei der Terminvereinbarung viel leichter“, ist sich die Stadträtin sicher.

Keine Anmeldung erforderlich

Kahr freut sich, dass ihr Vorschlag bei den Beschäftigten der Bau- und Anlagenbehörde so positiv aufgenommen wurde. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freuen sich schon darauf, auf Augenhöhe mit den Leuten sprechen und über ihre Arbeit reden zu können. Sie müssen sich ja wirklich nicht verstecken, denn sie

leisten ausgezeichnete Arbeit!“, so die Stadträtin. Alle, die Interesse haben, können zur Bezirkssprechstunde kommen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Bereits jetzt finden sich immer wieder Personen mit ihren Anliegen in die Sprechstunden von Stadträtin Kahr ein. Für sie ist es wichtig, mit einem „offenen Stadtratsbüro“ für die Anliegen der Menschen da zu sein. Häufige Themen waren dabei bisher:

- Lärm und Sperrstundenregelungen (insbesondere im Univiertel),
- Schutz der Altstadt,
- Schutz von Innenhöfen und Vorgärten,
- Baudichteüberschreitungen.

Bezirkssprechstunden der Baubehörde

Bezirkssprechstunde (St. Leonhard) der Bau- und Anlagenbehörde in den Räumlichkeiten der Technischen Universität: Mittwoch, 29.1.2014, TU Graz, HS II/TG, Rechbauerstraße 12, 8010 Graz

**Februar: Bezirk Geidorf
März: Bezirk Lend
April: Bezirk Innere Stadt
jeweils am letzten Mittwoch im Monat**

„Es ist mir ein Anliegen, dass die Menschen ein Amt nicht nur abstrakt begreifen. Sie sollen die Erfahrung machen, dass sie als Bürger/innen nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben. Themen, die sie betreffen, sollten mit den zuständigen Personen besprochen werden können“, sagt Stadträtin Elke Kahr, in deren Verantwortung seit dem vergangenen Jahr neben dem Wohnungsamt auch die Bau- und Anlagenbehörde fällt.

1. Station: St. Leonhard

Daher gibt es ab sofort „Bezirkssprechstunden“ der Bau- und Anlagenbehörde. „Ausnahmsweise müssen nicht die Bürgerinnen und Bürger zu uns kommen, sondern wir kommen mit Infos, Service- und Beratungsangeboten zu ihnen in die Bezirke“, so Elke Kahr. Die erste dieser Bezirkssprechstunden wird am 29. Jänner in St. Leonhard stattfinden. Danach wird jedes Mo-

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

AUTORASER

Großer Unmut herrscht bei den Bewohnern der Maria-grünerstraße. Die Autos sind viel zu schnell – von Tempo 30 keine Spur. „Für die Sicherheit der Kinder wäre es dringend notwendig, hier Tempokontrollen vorzunehmen. Auch der Gehsteig sollte rasch ausgebaut werden“, so KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch.

RICHTSÄTZE 2014

Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 857,73 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.286,03 Erhöhung pro Kind:€ 132,34 (jeweils minus 5,1% für die Krankenversicherung)

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 813,99 Volljährige im gemeinsamen Haushalt (z.B. Ehegatten): € 610,49 ab 3. volljährige Person:€ 407,00 1. bis 3. Kind:€ 146,52 ab dem 4. Kind:€ 122,00

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben) Rezeptgebühr 2014: € 5,40/Medikament

Geringfügigkeitsgrenze: € 395,31/Monat

Obergrenze für Rundfunk- Telefongebührenbefreiung/ Telefontgeltzuschuss (netto):

1 Person:€ 960,66
2 Personen:€ 1.440,35
3 Personen:€ 1.588,57

Familienbeihilfe

Zwischen 163,80 bei einem Kind unter 3 Jahren und 261,10 bei 4 Kindern über 19; im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; Erhöhung um Geschwisterstaffel ab zwei Kindern; für erheblich behinderte Kinder kann erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

Pflegegeld (seit 2011 gleich):

Stufe 1: 154,20
Stufe 2: 284,30
Stufe 3: 442,90
Stufe 4: 664,30
Stufe 5: 902,30
Stufe 6: 1.260,00
Stufe 7: 1.655,80

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin
Gruber
Herrengasse
16,
8010 Graz
Tel. 0316/
877-5101,
E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at





GLB

Von Hilde Tragler, GLB-Betriebsrätin bei Magna

Kapitalistische Lösungsvorstellungen

In Österreich haben wir mit mehr als 360.000 Personen die höchste Arbeitslosenrate in der Zweiten Republik. Vor allem Jugendliche und Ältere sind besonders betroffen. Es herrscht massiver Lehrstellenmangel einerseits, andererseits gibt es auch für ältere Menschen kaum die vielgerühmten „altersgerechten“ Arbeitsplätze. Nach neuesten Erkenntnissen sind 87 Prozent der Beschäftigten der Meinung, dass Stress und Belastungen am Arbeitsplatz steigen.

Die kapitalfreundlichen Lösungsvorschläge der Politiker verschlimmern die Situation noch anstatt sie zu verbessern. Zum Beispiel: 12-Stunden-Arbeitstag einführen und gleichzeitig über Arbeitszeitkonten die Flexibilität der noch Beschäftigten erhöhen, für die älteren Arbeitslosen das Pensionsalter erhöhen usw.

So ganz nebenbei trägt die Bevölkerung die ganze Last der negativen Wirtschaftsentwicklung über diverse Sparprogramme, die von der Regierung verabschiedet werden. Bei allen Lösungsansätzen geht es in erster Linie um den „Kostenfaktor“ der Ware Arbeitskraft. Alle Behauptungen, dass es hier um Menschen geht, sind reine Märchen.

Gefragt wären stattdessen Beschäftigungsinitiativen, weil alles davon abhängt, dass möglichst viele Menschen in Beschäftigung stehen. Nur dadurch können alle Probleme nachhaltig bekämpft werden,

meint Ihre Hilde Tragler
(Betriebsrätin bei Magna-Steyr)

Die Alternative für die arbeitende

AK-WAHL: GUTE ARBEIT – GLB-KPÖ WÄHLEN

Die Arbeiterkammer ist nicht nur Serviceeinrichtung für Beschäftigte, ihr kommt auch eine große politische Verantwortung zu. Das Grazer Stadtblatt sprach mit Kurt Luttenberger über die bevorstehenden AK-Wahlen, das neue Regierungsprogramm und den GLB als Alternative.

Grazer Stadtblatt: Ende März finden die steirischen AK-Wahlen statt, wie ist der GLB aufgestellt?

Kurt Luttenberger: Wir werden als Liste „GLB-KPÖ“ mit über 40 Kandidaten antreten. Mit Hilde Tragler (Betriebsrätin, Magna Graz), Uwe Süß aus Leoben (Betriebsrat, Stahl-Donawitz) und mir (Betriebsrat bfi-Steiermark) als Spitzenkandidat haben wir ein Team, das die Welt der arbeitenden Menschen sehr gut kennt.

Fast zwei Drittel der Wahlberechtigten nahmen an der letzten Wahl nicht teil. Warum?



Kurt Luttenberger ist Spitzenkandidat der Liste GLB-KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl von 27. März bis 9. April. Er ist Vorsitzender des Gewerkschaftlichen Links-Blocks Steiermark und Mitglied der AK-Vollversammlung. Luttenberger ist verheiratet, Vater dreier Kinder und arbeitet als sozialpädagogischer Trainer beim bfi in Graz.

Da muss sich die steirische AK-Führung auch selber bei der Nase nehmen. Qualitätsvolle Serviceeinrichtungen und -leistungen – alles gut und schön. Aber alle sozialen Verschlechterungen verantwortet die AK-Führung mit. Persönlich denke ich, dass da mehr und die aktuelle Regierungspolitik



von SPÖ und ÖVP mitgetragen wird, als auf die Interessen und Nöte unserer Kammermitglieder zu achten.

Was kann der GLB in der AK bewegen?

Der GLB setzt sich konsequent für die Rechte der Beschäftigten ein. Wir sind für Senkung statt Ausdehnung von Arbeitszeiten, Anhebung der Reallöhne, faire



Jahrzehntelang kämpfte die Arbeiterbewegung für den 8-Stunden-Tag. die antimonarchistische Revolution von 1918 konnte ihn schließlich durchsetzen. Im Programm einer SP-geführten Regierung wurde nun die Hinaufsetzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden beschlossen.

Arbeiterkammerwahl: Steiermark 27.3. - 9.4. 2014

Wer darf wählen? Alle Beschäftigten, die Arbeiterkammerumlage zahlen.

Geringfügig Beschäftigte und andere nicht umlagepflichtige kammerzugehörige Arbeitnehmer sind nicht automatisch wahlberechtigt, sondern müssen einen Antrag zur Aufnahme in die Wählerliste stellen um ihr Wahlrecht wahrnehmen zu können. Die Antragsfrist endet in der Steiermark am 19. Februar 2014. Die Formulare werden von der Arbeiterkammer zugeschickt.

Briefwahl: In kleineren Betrieben werden oft keine Wahllokale eingerichtet, die Beschäftigten bekommen ihre Wahlunterlagen mit der Post im März. Wir bitten Sie, darauf zu achten und vom Stimmrecht Gebrauch zu machen.

en Menschen

GLB-KPÖ



Arbeitsbedingungen und gegen Ausweitung von Ladenöffnungszeiten, gegen Verschlechterungen bei Sozialleistungen.

Dass die steirische AK jetzt mit großer Mehrheit gefordert hat, den Pflegeregress abzuschaffen, ist ein Verdienst des Gewerkschaftlichen Linksblocks, der über Jahre hinweg Druck gemacht hat. Pikant daran ist das Abstimmungsverhalten von roten und schwarzen AK-Räten, die gleichzeitig Landtagsabgeordnete sind: In der Kammer sind sie für die Abschaffung des Regresses, im Landtag verlassen sie bei der Abstimmung den Saal.

Was sagen Sie zu den Regierungsplänen im Bund?

Bei den Metaller-Kollektivverhandlungen hat sich die SPÖ noch als Verhinderin des 12-Stun-

den-Tages gegeben, jetzt steht er im Regierungsprogramm der neuen SPÖVP-Bundesregierung! Sogar 16jährige sollen bereits 10 Stunden am Tag arbeiten.

Weitere geplante Schweinereien: Verlängerung der Probezeit, die Einführung von „Zeitwertkonten“, Aufweichung von Arbeitszeitaufzeichnungspflichten sowie eine Verkürzung des Anspruches auf Elternteilzeit. Und das sind nur einige der Verschlechterungen auf die Menschen zukommen. Dieses Papier ist ein Kniefall vor der EU und ein Betrug an den Wählern.

Was macht Sie besonders zornig?

Ich lese gerade die Zeitschrift „profil“. Da wird in einem Artikel erörtert, welche politischen Kräfte die derzeitige Bundesregierung

stützen. Über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen wird ÖGB-Vorsitzender Erich Foglar mit folgenden Worten zitiert: „Ich bin überhaupt nicht enttäuscht, ich bin Realist“. Da denke ich: „Na servas!“ Das vom ÖGB im Dezember 2013 breit beschlossene „Forderungsprogramm an die neue Bundesregierung“ ist damit eigentlich nur mehr als Papier zum Ausstopfen nasser Schuhe zu gebrauchen – leider! Das bringt mich in Wallung. Diese Herrschaften gehören vor den Vorhang; sie sind treue Helferleins von Spekulanten, Großunternehmern und maßlosen Bankiers.

Und deswegen GLB-KPÖ bei den kommenden Wahlen?

Ja, gerade deswegen. Wir haben immer bei sozialen Ungerechtigkeiten unsere Stimme erhoben und Alternativen aufgezeigt. Wir vertreten dies selbstverständlich auch in Betrieben, in der AK, im ÖGB, in der Öffentlichkeit.

Also bitte wählen gehen und in Alternativen denken. Wir Kandidatinnen und Kandidaten von der Liste GLB-KPÖ stehen als Alternative zu Verfügung.

MEINUNG

Von Kurt Luttenberger. Er ist Spitzenkandidat des Gewerkschaftlichen Linksblocks bei der Arbeiterkammerwahl. (ab 27.3.2014)



GLB

AK-Wahlen 2014:
Alternativ wählen!

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die alt-neue ÖVP-Bundesregierung mit einem SPÖ-Kanzler als politisches Feigenblatt ab sofort neue Kürzungen vorbereitet. Selbstverständlich nicht für Superreiche, Großunternehmer, Bankiers und Spekulanten – die werden weiter geschont. Es geht um uns – arbeitende Menschen, Jugendliche, Frauen, Pensionisten, kleine Gewerbetreibende, sozial Benachteiligte. Erschütternd, dass ÖGB- und AK-Führung dem ihre Zustimmung gegeben haben, obwohl so gut wie gar nichts aus deren Forderungsprogrammen an die neue Bundesregierung umgesetzt wird. Der Faymann'sche Ruf nach „Sozialer Gerechtigkeit“ ist seit den Wahlen wieder in der politischen Trickkiste verschwunden.

In wenigen Wochen finden in der Steiermark Arbeiterkammerwahlen statt. Sie sollten eine Denkkettelfunktion haben. Nicht gegen AK-Fachabteilungen wie Recht, Bildung, Konsumentenschutz usw. Aber einer AK-Politik, die gegen die Interessen ihrer Mitglieder agiert, muss entgegengetreten werden.

Es geht darum, Alternativen zu suchen – und diese dann auch zu wählen. Meine große Bitte: Machen Sie mit und wählen Sie GLB-KPÖ bei der AK-Wahl! Der Gewerkschaftliche Linksblock – KPÖ (GLB-KPÖ) kandidiert als Liste 5 und ist die Alternative.

Herzlichst, Kurt Luttenberger
AK-Rat, GLB Steiermark

AK: GLB-KPÖ WÄHLEN!

Bei der vom 27. März bis 9. April stattfindenden Arbeiterkammerwahl tritt eine gemeinsame Liste von GLB – Gewerkschaftlicher LinksBlock und KPÖ an. Spitzenkandidat ist der Grazer KPÖ-Gemeinderat, GLB-Arbeiterkammerrat und bfi-Betriebsrat Kurt Luttenberger. Auf den Listenplätzen zwei und drei folgen die Magna-Steyr-Betriebsrätin Hilde Tragler und der Donawitzer Voestalpine-Betriebsrat Uwe Süß.

Information: Tel. 0660 / 1426 080

www.glb-steiermark.at



SATIRE
von Günter Eichberger

DIE SCHÄRFE DER BEOBACHTUNG.

Man kann ihn nicht sehen, man kann ihn nicht hören, nicht riechen, schmecken oder tasten, so fein ist er; man möchte glauben, er sei gar nicht da, und wenn wir an die Maßnahmen denken, die gegen ihn ergriffen werden, scheinen manche zu hoffen, er sei nur ein Gerücht. Und doch lässt er sich messen. Laut einer EU-Studie fordert der Feinstaub in Österreich pro Jahr 4.640 Tote. So winzige Rußflankerln sollen so verheerende Folgen haben? Wer soll das glauben? Diese Zahlen müssten sich nach unten korrigieren lassen. Wer weiß, wie gesichert die Ursachen für diese Todesfälle sind. Vielleicht waren die angeblichen Feinstaubopfer passionierte Raucherinnen oder ehrgeizige Rauchfangekehrer.

Und die 2400 Asthmaanfälle bei Kindern? Ist Asthma nicht eine psychosomatische Erkrankung? An allem soll der Feinstaub schuld sein.

Statt der Forderung nach autofreien Tagen oder Freifahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln bei erhöhten Feinstaubwerten ließe sich das Problem auf eine revolutionär einfache Weise lösen: durch

Hinaufsetzen der Grenzwerte, und zwar gleich ums Doppelte. Das hält dann besser. Grenzwerte sind willkürliche Festlegungen. Wer legt diese Werte fest und welche Motive stecken dahinter? Mittlerweile gibt es ja auch wissenschaftliche Untersuchungen, die das Feinstaubaufkommen nicht nur den Abgasen anlasten. Also, getrost aufs Gas steigen, liebe Leute. Und keine Schuldgefühle! Es wäre nicht Graz, wenn man dieses Phänomen nicht zuerst einmal jahrelang beobachten würde, in der uneingestanden Hoffnung, dass sich der Staub durch die Schärfe der Beobachtung von selber in Frischluft auflöst.

Andere Städte unternehmen unsympathisch rigorose Schritte gegen den Feinstaub. In Graz hat man erkannt, dass unsere Feinstaubluft nur zu einer international einzigartigen Attraktion werden kann, wenn man den Staub in Ruhe lässt. Nur Gemütskranke greifen gerne zum Staubwedel! Eine reife Persönlichkeit lässt sich durch ein bisschen Lurch nicht vom Sofa reißen. Und was für das eigene Heim gilt, ist auch für das Gemeinwesen gut.

Günter Eichberger lebt als freier Schriftsteller in Graz.

JAKOMINI

Kinder trauern um ihren Spielplatz

Seit April letzten Jahres bemühten sich die Bewohner der Siedlung Dr.-Robert-Sieger-Straße 13–27 und der Bezirksrat intensiv darum, die einzige Grünfläche in dieser Siedlung, die als Spielplatz diente, zu erhalten. Sie wurden ignoriert.

Unterschriftensammlungen von Anrainern, Anträge, Vorsprachen beim zuständigen Stadtrat Rüscher usw. zum Trotz wird jetzt auf dieser kleinen Wiese ein Wohnblock mit 30 Wohneinheiten errichtet. Bereits eine Woche nach der Bauverhandlung, bei der die Verhandlungsleiterin noch ein Gutachten in Aussicht stellte, wurden die Spielgeräte entfernt und der Platz gesperrt. „Es macht mich betroffen, dass man den Kindern die Spielmöglichkeit im Freien genommen hat“, sagt KPÖ-Bezirksvorsteherin Edeltrud Taschner.

Den Bezirken fehlt das Geld

Im Stadtbezirk – vor Ort – weiß man, wo der Schuh drückt. Die KPÖ fordert darum die Verdoppelung der Budgets der Stadtbezirke.

Demokratisch und unbürokratisch vergeben die Vertretungen der 17 Grazer Stadtbezirke Förderungen an Projekte, die in den einzelnen Stadtteilen Wichtiges leisten. Darum wäre es notwendig, sie auch mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. „Gerade vor Ort weiß man ja, wo der Schuh drückt“, so KPÖ-Gemeinderat



KPÖ-Gemeinderat
Andreas Fabisch

Andreas Fabisch.

Die gewählten Bezirksvorsteher und ihre Stellvertreter arbeiten mit viel Herzblut und Einsatz für ihre Bezirke. Netto bekommt dafür ein Bezirksvorsteher etwa 1.200 Euro pro Monat, seine Stellvertreter etwa 400 Euro. Das ist nicht viel für eine Funktion, die mit großem Aufwand verbunden ist.

Die Bezüge der Bezirksvorstellungen machen durchgerechnet aber mittlerweile das 3,23-fache der Budgets aus, die von den Bezirken für die Bürger aufgewendet werden.

Denn fast drei Jahre wurden die ohnehin extrem niedrigen Bezirksratsbudgets nicht mehr erhöht.

Gerade einmal 70 Cent pro Bezirksbewohner/in und Jahr zahlt die Stadt Graz derzeit.

„Es kann nicht sein, dass es entweder nur möglich ist, das Seniorenturnen zu unterstützen oder für den Kindergarten Spiel-sachen einzukaufen“,

fordert Fabisch nun eine Verdoppelung: „Die Bezirksgelder waren ja schon einmal höher. Die Bezirksräte sind demokratische Einrichtungen. Es kann nicht sein, dass die Bezirke finanziell so kurz gehalten werden.“

Fabisch regte schon mehrmals an, die Parteienförderungsgelder – um nur 8 Prozent – zu kürzen und mit dem Geld die Bezirksbudgets zu verdoppeln. Dadurch könnten mehr Unterstützungen für wichtige Maßnahmen und Projekte in den einzelnen Bezirken, etwa zur Aufwertung von Kinderspielplätzen, Grünanlagen und Sportplätzen, für Kultureinrichtungen oder zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, verwendet werden. Bei der VP-SP-FP-Koalition ist er bislang auf taube Ohren gestoßen.



Statt Platz zum Spielen im Freien kommt ein Wohnblock.



Aktuelles aus den Grazer Bezirken

INNERE STADT

Jakominiplatz

Bei der Neugestaltung des Jakominiplatzes 1996 sind bei der Baumpflanzung leider viele Fehler passiert: zu kleine Baumscheiben und zu wenig Platz für den Wurzelraum machen den Bäumen seit Anbeginn der Umgestaltung zu schaffen. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** regt deshalb ein Gesamtanierungskonzept für die Bäume, aber auch für wei-



tere Erholungsmöglichkeiten am Jakominiplatz an, „damit dieser Platz endlich langfristig für Mensch und Natur gedeihen kann.“



LIEBENAU

S-Bahn Murpark: KPÖ für Lärmschutz



„So begrüßenswert der Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch ist, auf die Anrainer muss Rücksicht genommen werden“, meint der Liebenauer KPÖ-Bezirksrat **Max Korp**. Die Menschen, die in unmittelbarer Nähe des Murparks wohnen, befürchten massiven

Lärm: Bis zu 60 Mal soll die S-Bahn dort künftig halten, dazu kommen Güterzüge, die mit hoher Geschwindigkeit passieren. Korp: „Die Anrainer haben ein Recht auf Lebensqualität, deshalb ist es wichtig, möglichst schnell Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen.“

LEND

Schlechte Sicht für Radler

Der Murradweg R2 gilt als einer der schönsten Radwege Mitteleuropas, er führt von den Hohen Tauern bis nach Kroatien. Die Strecke verläuft auch durch den Bezirk Lend, doch beim Edegger-Steg und unter der Keplerbrücke gibt es zwei kritische Stellen mit schlechten Sichtverhältnissen. Deshalb wird KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter

Christian Carli in der nächsten Bezirksrats-sitzung einen Antrag einbringen, der die Errichtung von Verkehrsspiegeln und zusätzlichen Bodenmarkierungen an diesen Stellen zum Ziel hat.

GEIDORF

Postpartner Hasnerplatz

Wind und Wetter ausgeliefert sind oftmals die Kunden des Postpartners am Hasnerplatz. „Der akute Platzmangel zwingt viele – gerade in den Stoßzeiten – dazu, im Freien zu warten. Bei Schlechtwetter kann es vorkommen, dass man völlig durchnässt ist, bis man sein Paket in Händen hält“, sagt **Hanno Wisiak**, KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Geidorf. Die Stadt Graz als Eigentümerin könnte Abhilfe schaffen: „Das Metallgestell über dem Eingangsbereich bietet sich dafür an, etwa durch das Montieren von Plexiglasplatten oder ähnlichem überdacht zu werden“, regt Wisiak an.

ST. PETER



Theodor-Sturm-Straße – Messendorf

Die Theodor-Sturm-Straße mutiert immer mehr zur Durchzugsstraße und zum alternativen „Schleichweg“ zur St.-Peter-Hauptstraße (Murpark und angrenzender Gewerbepark, mit drastischen Folgen für

die Anwohnerinnen und Anwohner. Betroffene fordern nun die Sperre der Theodor-Sturm-Straße für den LKW-Verkehr sowie die Errichtung von wirksamen Tempobremsen (Bodenschwellen, Blumentröge).

STRASSGANG Gehsteig



Entlang der Krotten-dorfer Straße, von der Fachschule Alt-Grottenhof bis zur Einmündung zur Notausfahrt-Süd des Plabutschunnels bei den Bründlteichen ist die Fahrbahn mittels Gehsteig abgesichert, bis zur Martinhof-

straße und Kehlbergstraße nicht mehr. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**: „Dieses Gebiet wird als Naherholungsgebiet und Verbindungsweg zur Fachschule stark frequentiert, der Bau eines Gehsteiges wäre angebracht.“

MARIATROST

Mistkübel

Verärgert reagieren Spaziergänger zur Oberen Platte wegen fehlender Abfallentsorgungsmöglichkeiten. „Wollen wir attraktive Wanderwege in und um Graz, muss auch ein Angebot an Mistkübeln bereitstehen“, so Gemeinderat **Andreas Fabisch**. Die Holding Graz bemüht sich um Abhilfe

Sanierung Radweg

Der Antrag der KPÖ zur Sanierung des Fußgänger- und Radwegs im Bereich Födrianspergweg wurde erfolgreich umgesetzt. „Es wurde eine grundlegende Sanierung mit Asphaltbelag erstellt“, freut sich Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Helmut Schwab**. „Jetzt fehlt nur noch die notwendige Beleuchtung.“



ANDRITZ

Bezirksversammlung in Andritz am 6. März, 18 Uhr
ABC Andritz,
Haberlandtweg 17
Thema: Gestaltung des Andritzer Hauptplatzes und eine mögliche Bürgerbeteiligung

P&R statt Bebauung

An der Radegunder Straße/Prohaskagasse gibt es ein riesiges Grundstück, das intensiv bebaut werden soll. Viele sind entsetzt, weil das dortige Verkehrsaufkommen schon jetzt sehr hoch ist. Ein Park & Ride-Platz hätte nicht zuletzt wegen vorhandener Öffi-Anbindung Abhilfe schaffen können. Nun ist das

Grundstück aber schon an die GWS verkauft. Karin Reimelt, Bezirksvorsteher-Stellvertreterin (KPÖ): „Die Stadt Graz hat es verschlafen, sich das Grundstück zu sichern oder anzuregen, dass im Zuge der Tiefgarage, die dort sicher errichtet wird, auch Kapazitäten für Pendlerinnen und Pendler geschaffen werden.“

GÖSTING

Radweg ins Nichts

Nach jahrelangen Bemühungen wurde der Radweg zwischen Oberer Weid und Unterer Weid beim Shoppingzentrum Nord fertiggestellt. „Ein gelungener Radweg“, so Bezirksrat Gerhard Strohmriegl. „Allerdings führt der jetzt ins Nichts! Denn die Sperre der Unterführung Weixelbaumstraße hat zur Folge, dass jetzt alle einen Riesen-Umweg machen müssen, um nach Gösting zu kommen. Deshalb wäre es nötiger denn je, den Übergang wieder zu aktivieren“



Frühverdichtung Linie 1

Eine stärkere Frequenz der Linie 1 vor sechs Uhr früh beantragte KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch. Es

gilt, durch kürzere Intervalle den vielen Berufstätigen (z.B. Spitäler) entgegen zu kommen.

SICHERHEIT: WETZELSDORFER STRASSE

„Seit Jahren wartet man in der Wetzelsdorfer Straße auf dringende Verkehrsmaßnahmen. Ein sicheres Überqueren ist so gut wie unmöglich, denn über weite Strecken gibt es weder Fußgängerampeln noch Zebrastreifen. Es fehlt auch an Gehsteigen und Radwegen. Ob Erwachsene, kleine Kinder – gleich in der Nähe ist ein WIKI-Kindergarten – Menschen mit Behinderungen oder Frauen mit Kinderwagen, sie alle müssen praktisch auf der Fahrbahn dieser stark befahrenen

Straße gehen“, schildert Stadträtin Elke Kahr. Sie hat gemeinsam mit Gemeinderat Christian Sikora an einer Straßenblockade teilgenommen mit dem Ziel, die Verantwortlichen

auf die Situation aufmerksam zu machen.

Christian Sikora machte die Problematik in der Gemeinderatssitzung zum Thema. Schließlich lenkte Verkehrsstadtrat Eustachio ein und versprach baldige Maßnahmen. Die Bauarbeiten von Geh- und Radweg sollen im Sommer 2014 beginnen. Die Errichtung eines Schutzwegs als Sofortmaßnahme – noch vor der Fertigstellung des Geh- und Radwegs – lehnte der FP-Stadtrat jedoch ab.“



GRIES

Kommentar von Bezirksrätin Nina Giesen

Huldigung eines Kriegshetzers



Der steirische „Dichter“ Ottokar Kernstock war strikt deutschnational gesinnt, ein Antisemit, und er schrieb chauvinistisch-blutrünstige Kriegsslyrik. Kernstock verfasste unter anderem das „Hakenkreuzlied“. Bereits während des Ersten Weltkriegs trat Kernstock mit folgenden Zeilen im Gedichtband „Steirischer Waffensegen“ hervor:

*Steirische Holzer holzt mir gut
Mit Büchsenkolben die Serbenbrut!
Steirische Jäger trifft mir glatt
Den russischen Zottelbären aufs Blatt!
Steirische Winzer presst mir fein
Aus Welschlandfrüchten blutroten Wein!*

Trotz seiner belasteten Geschichte ist Kernstock, dessen literarisches Schaffen von Germanisten als „niedrig“ eingeschätzt wird, Namensgeber vieler Straßen, so auch im Bezirk Gries. Und nicht nur das: Bei der Andrä-Schule, die in dieser Gasse angesiedelt ist, befindet sich seit Jahrzehnten eine Zusatztafel, die nicht auf die wahre Geschichte Kernstocks hinweist, sondern diesem Kriegshetzer sogar noch huldigt! Diese Tafel, an einer Schule angebracht, erwähnt mit keinem Wort Kernstocks blutrünstige Dichtung, sondern würdigt ihn als Verfasser von „romantisch-nationalen“ Gedichten. Eine Umbenennung der Kernstockgasse wäre auf jeden Fall wünschenswert. Im Falle einer Änderung müssten allerdings hunderte Anrainerinnen und Anrainer zustimmen und zusätzlich ihre Adressdaten selbst ändern.

Aus diesem Grund sollte stattdessen eine erklärende Zusatztafel angebracht werden, passiert ist bis jetzt allerdings nichts! Deshalb hat die KPÖ Gries im Bezirksrat einen Antrag zur Anbringung einer historisch korrekten Zusatztafel in der Kernstock-Gasse gestellt, danach erst sollte mit der Straßenumbenennung begonnen werden. Nach hitzigen Debatten wurde der Antrag vertagt und dort von ÖVP, SPÖ und FP vereitelt.

Damit hat der Bezirk Gries nicht nur die Chance auf eine korrekte Aufarbeitung von Geschichte im öffentlichen Raum verstreichen lassen, sondern es auch verabsäumt, sich in eine aktuelle Geschichtsdebatte einzuklinken: Derzeit fordern zahlreiche Expertinnen und Experten die Umbenennung von belasteten Straßennamen in Graz (Conrad-von-Hötzendorf-Straße, Jahngasse, Kernstockgasse).

Um diese Missstände im öffentlichen Raum aufzuzeigen, wird sich die KPÖ Gries weiter dem Thema Kernstockgasse widmen.



Traditionelle Beisl-Kultur

Mit Herzlichkeit und fairen Preisen überzeugt das Gasthaus Schmiedt am Kapaunplatz seine Gäste.

Gastwirt Ewald Scharndl führt mit seiner Frau Rosemarie und Schwägerin Gabriele Böhmer seit 2000 die kleine urige Gaststätte Schmiedt am Kapaunplatz, der an das belebte Franziskanerviertel angrenzt. Seinen Namen erhielt der Platz 1792, als die Kapaunhändler hier ihre Ware verkauften.

Seit 1946 wird in diesen Räumen gekocht. „Den Namen haben wir beibehalten, das ist für uns mit Tradition verbunden“, erklärt der Gastwirt. Das Lokal zu übernehmen, war eine Bauchentscheidung. Das Ehepaar lebte 15 Jahre in Tirol und arbeitete in einem 100-Betten-Hotel am Fuß der Zugspitze. „Unsere Schwägerin, die bei den Vorbesitzern gearbeitet hatte, erzählte uns, dass das Lokal einen neuen Pächter sucht. Also entschlossen sich Ewald und Rosemarie zur Rückkehr nach Graz. „Bis heute haben wir es noch nicht bereut“, betonen beide – das hat viel damit zu tun, dass das Beisl ein Familienbetrieb ist. Rosemarie, Gabriele und Ewald schupfen den Laden. „Auf Familie kann man sich verlassen – in jeder Hinsicht. Jeder weiß genau, wo er hingreifen muss“, ist sich das Trio einig.

Persönlichkeit ist Trumpf

Diese Beständigkeit bietet auch für die Gäste den Vorteil, dass sie – egal zu welcher Uhrzeit sie das Lokal betreten – immer von einem freundlichen, bekannten Gesicht und „einem guaten Schmäh“ empfangen werden.

Die Herzlichkeit kommt nicht von irgendwoher: Sowohl bei den Schwestern als auch bei Ewald Scharndl kristallisierte sich schon im frühen Kindesalter der Wunsch

heraus, in der Gastronomie zu arbeiten. Und das spürt man auch. Ewald und Rosemarie lernten sich vor 31 Jahren sogar in der Gastro-Szene kennen und lieben.

Von Schöpfer bis Doktor

„Bei uns sind alle Schichten vertreten. Politiker, Anwälte und Universitätsprofessoren kommen ebenso wie frühere Sportgrößen. Beamte schätzen unser Lokal ebenso wie Schöpfer und Pensionisten“, ist Rosemarie Scharndl stolz auf ihre Gäste. „Wir haben 80 Prozent Stammkundschaft.“ Warum das so ist, erzählt uns ein Gast, der gerade beim Mittagessen sitzt: „Ich arbeite in der Innenstadt. Wenn ich mittags etwas esse, dann komme ich meistens hierher. Es ist die nette Bedienung, das gemütliche, urige Ambiente. Die Qualität und das Preis-Leistungsverhältnis sind super.“

Alles hausgemacht

Der Wirt schwingt den Kochlöffel. „Ich achte auf Qualität und ich mache alles selber, jedes Griesnockerl, jeden Leberknödel.“ Die Küche ist bodenständig, Hausmannskost schmeckt wohl jedem. Jeden Tag gibt es beim Schmiedt zwei bis drei Mittagsmenüs mit Suppe, Hauptspeise und Salat. Für den kleinen Hunger zwischendurch werden Kleinigkeiten serviert wie ein Haustoast oder Klassiker, die immer auf der Karte stehen, wie ein herzhaftes Gulasch oder ein Wiener Schnitzel. Im Sommer lädt ein stimmiger Gastgarten zum Genießen ein.

„Ich bin kein typischer Unternehmer, denn ich arbeite selbst“, scherzt Scharndl, der seit 40 Jahren in der Gastronomie tätig ist. „Es hat sich viel verändert“, kann er aus Erfahrung sagen. „Getränke sind verhältnismäßig teurer geworden, Essen aber billiger.“

Auf 64 Quadratmetern spielt



Ein echter Familienbetrieb: Rosemarie und Ewald Scharndl führen das Beisl „Schmiedt“ gemeinsam mit Schwägerin Gabriele Böhmer.

sich das Beisl-Leben ab. Das alte Mobiliar vermittelt ein heimeliges Gefühl. Acht Tische gibt es, vor allem mittags herrscht entsprechendes Gedränge.

Am Sonntag wird das Familienleben außerhalb des Lokales zelebriert. „Man sitzt zusammen und hat sich auch privat noch genug zu erzählen, schildert Rosemarie.

„Aber die Grenzen verschwimmen und wir plaudern dann auch wieder über die Arbeit.“

Weinstube Schmiedt
Kapaunplatz 7
Mo. – Fr. 7:30 bis 21 Uhr
Sa. 8 bis 15 Uhr,
Sonn- und feiertags geschlossen

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

0316/71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a

DER WEG DURCH DEN FEBRUAR

80 Jahre 12. Februar 1934

Im Frühjahr 1934 machte sich die deutsche Schriftstellerin Anna Seghers in die Steiermark auf. Sie fuhr mit dem Zug von Graz nach Bruck an der Mur, kaufte sich eine Landkarte der Obersteiermark und stieg auf den Spuren des letzten Weges von Koloman Wallisch zur Hochalm auf.

Im Juliheft 1934 der „Neuen Deutschen Blätter“ erschien dann ihre Erzählung „Der letzte Weg des Koloman Wallisch.“ Im Roman „Der Weg durch den Februar“ (1935) hat Anna Seghers die Geschehnisse des 12. Februar 1934 noch einmal geschildert.

Nach dem Sieg des Hitlerfaschismus in Deutschland war der Kampf der österreichischen Arbeiter für die Rettung der Demokratie ein wichtiges Fanal, das den Antifaschisten weit über Österreich hinaus Hoffnung gab. Deshalb entstanden Werke wie „Der Weg

durch den Februar“, das Drama „Floridsdorf“ von Friedrich Wolf, das erst posthum veröffentlichte – Fragment einer „Koloman-Wallisch-Kantate“ von Bertolt Brecht und der Roman „Die gezählten Jahre“ von Oskar Maria Graf. Der österreichische Autor Jura Soyfer verfasste das Romanfragment „So starb eine Partei“.

Es sollte noch elf Jahre dauern, bis der Faschismus durch den militärischen Sieg der Anti-Hitler-Koalition zerschlagen wurde. Die genannten literarischen Zeugnisse trugen aber dazu bei, dass die Erinnerung an den Kampf nicht verschüttet wurde.

Auch die Witwe von Koloman Wallisch, Paula, hat in ihrem Erinnerungsbuch „Ein Held stirbt“, das 1934 von der Auslandsführung der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei veröffentlicht wurde, dazu beigetragen, dass die Flamme weitergetragen wurde. In ihrem Buch verschweigt sie aber etwas: Die Rolle der KPÖ vor, während und nach den Februarkämpfen.

Der 12. Februar war nämlich der Beweis für das Versagen der austromarxistischen Parteiführung in Österreich. Ihr Versuch, dem entscheidenden Kampf mit den Klerikalfaschisten auszuweichen,

hatte zur Demobilisierung der eigenen Mitglieder und vor allem der Mehrheit der arbeitenden Menschen geführt.

Am 12. Februar – als der bewaffnete Widerstand von Linz aus seinen Ausgang nahm – war die Parteiführung nicht mehr in der Lage, die Bewegung zu koordinieren oder einen Generalstreik auszulösen. Deshalb hatte die Dollfuß-Regierung leichtes Spiel.

Die bittere Erfahrung der Niederlage führte aber zu einem Umdenken bei vielen Sozialisten. Die meisten von ihnen traten der KPÖ bei, die in der Illegalität zu einer Massenpartei wurde und viele neue Mitglieder in der Arbeiterschaft und unter Intellektuellen gewann.

Dieses Umdenken war vorbereitet worden: Durch konsequente Überzeugungsarbeit von Kommunisten, die mit dem sich herausbildenden linken Flügel in der Sozialdemokratie um Ernst und Otto Fischer intensiven Kontakt gehalten hatten. Das führte dazu, dass in der Steiermark zahlreiche Sozialdemokraten in die illegale KPÖ eintraten.

Daran will man in der heutigen SPÖ nicht mehr erinnert werden.

Franz Stephan Parteder

1934: Arbeiteraufstand gegen die Diktatur

Am 12. Februar 1934 begann von Linz ausgehend der bewaffnete Aufstand der österreichischen Arbeiterschaft gegen Demokratie- und Sozialabbau.

Vor allem in den Städten und Industriegebieten, Wien, Graz, Obersteiermark und vielen anderen Orten kam es zu bewaffneten Widerstandsaktionen der Arbeiterbewegung.

Die sozialdemokratische Parteiführung ließ die Aufständischen im Stich, Bundesheer und austrofaschistische Heimwehren schlugen den Protest blutig nieder. Kanonen schossen auf Gemeindebauten, hunderte Tote waren zu beklagen. In „Standgerichten“ wurden viele Todesurteile gefällt, darunter gegen Brucker SP-Sekretär und steirischen Landtagsabgeordneten Koloman Wallisch. Er wurde am 19.2.1934 in Leoben gehängt.

Veranstaltungen zum Februar 1934 in Graz

Freitag 14. Februar, 19 Uhr
Im Kältefieber.
Februargeschichten 1934

Lesung mit Erich Hackl und Birgit Stöger

Im Kältefieber (Hg. von Erich Hackl und Evelyne Polt-Heinzl, Picus 2014) ist die bislang umfangreichste Anthologie zu den Februarkämpfen. In Volkshaus Graz lesen der Herausgeber Erich Hackl und die Schauspielerinnen Birgit Stöger aus dem eben erschienenen Band.

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a

Samstag, 15. Februar 14 Uhr:
Stadtrundgang mit Heimo Halbrainer (Verein Clio).

Treffpunkt: Arbeiterkammer,
Hans Resel Gasse 8-14, 8020 Graz

Graz und vor allem Eggenberg war im Februar 1934 eines der Zentren des Widerstands der Arbeiter gegen das austrofaschistische Regime. Mit dem Historiker Heimo Halbrainer werden wir die Orte der Kämpfe sowie die Orte der Erinnerung an den Februar 34 besuchen.

Weitere Termine zum Februar 1934 unter:
bildungszentrum.kpoe-steiermark.at



Der spätere KPÖ-Kulturminister Ernst Fischer war der wohl bekannteste linke Sozialdemokrat, der 1934 in die – damals illegale – KPÖ übertrat.

Graz und vor allem Eggenberg war im Februar 1934 eines der Zentren des Widerstands gegen das austrofaschistische Regime.

MENSCHENRECHTSPREIS



Der Grazer Historiker Heimo Halbrainer (im Bild mit Bürgermeister Siegfried Nagl), erhielt den Menschenrechtspreis der Stadt Graz sowie den Erzherzog-Johann-Forschungspreis des Landes Steiermark. Sein unbeirrtes Anschreiben gegen das Vergessen zeichnet ihn aus. Seit 1995 betreibt der von ihm gegründete Verein CLIO Geschichtswissenschaft und -vermittlung, forciert Erinnerungsarbeit und erforscht den antifaschistischen Widerstand. Beindruckend und nachhaltig werden Menschen, die in unmenschlichen Zeiten Menschen blieben, die an ein freies und demokratisches Österreich glaubten und gegen die NS-Diktatur Widerstand leisteten, sichtbar gemacht und der Vergessenheit entrissen.

REGRESS ABSCHAFFEN!

126 Euro zum Leben

Im September 2013 berichteten wir über das Schicksal von Herrn Z. (Name der Redaktion bekannt). Der 74jährige Steirer hat sechs Kinder großgezogen und gesundheitliche Probleme, für die er auch finanzielle Aufwendungen hat. Vor vielen Jahren wurde einer seiner Söhne durch eine schwere Krankheit zu einem Pflegefall. Ein anderer Sohn verstarb vor drei Jahren und hinterließ Schulden, die Herr Z. abbezahlen muss.

Vor einiger Zeit erhielt Herr Z. eine Aufforderung des Landes, er müsse für seinen pflegebedürftigen Sohn 210 Euro monatlich Regress bezahlen. Nach einer Rücksprache mit der Behörde wurde ihm zugesagt, man schaue sich seinen Fall noch einmal genau an. Dann hörte er monatelang nichts mehr und hoffte schon, dass die Behörde seine finanzielle Notlage anerkannt hätte.

Doch weit gefehlt – im März

2013 erhielt er eine neuerliche Zahlungsaufforderung, nun auch mit Nachforderungen ab dem 1.1.2012, in Summe beinahe 3.500 Euro. „Wo soll ich denn als 74jähriger Pensionist so viel Geld auf einmal hernehmen“, fragte Herr Z. verzweifelt beim Sozialhilfeverband nach. „Meine Familie und ich fürchten uns vor dem nächsten Winter, weil wir uns das Heizen nicht mehr leisten können. Es wird einfach bedenkenlos drübergehen.“ Jetzt bleiben Herr Z., der sein Leben lang in das Sozialsystem eingezahlt hat, 126 Euro im Monat zum Leben.

Tatsächlich müsste Herr Z. in seinem speziellen Fall auch in anderen Bundesländern Regress leisten. Gerechtfertigt ist das trotzdem nicht, denn dafür, dass es seinem Sohn so schlecht geht, wird Herr Z. nun auch noch bis aufs letzte Hemd ausgezogen. Nach einer Prüfung wurde der Betrag um 30 Euro

Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPO im Landtag

Landesfürsten

Unter Führung des ersten SPÖ-Landeshauptmannes in der Steiermark findet seit 2010 der größte Kahlschlag statt, den es in der Zweiten Republik je gegeben hat. Arbeitslosigkeit und Kinderarmut erreichen traurige Rekordwerte, Lebensstandard und Kaufkraft sind spürbar gesunken. Dafür feiern sich Voves und Schützenhöfer mit Sonderleistungen im Fernsehen und Sondersitzungen im Landtag selbst. Den Menschen nützt das wenig, im Gegenteil: Mit jeder so genannten „Reform“ wird das Leben für tausende Steirerinnen und Steirer noch schwerer. Denn unter „Reformen“ verstehen die beiden Landesfürsten Nulllohnstunden, Schul- und Krankenhausschließungen, Kürzungen für Menschen mit Behinderungen, Kürzung der Mindestsicherung und der Wohnbeihilfe, erneute Kin-



dergattengebühren, Zwangsfusionen und vor allem die Wiedereinführung des Pflegegresses.

Das erklärte Ziel, den Schuldenstand zu verringern, rückt trotzdem in weite Ferne. Noch nie hatte die Steiermark so hohe Schulden wie nach drei Jahren „Reformpartnerschaft“. Kein Wunder, denn die Kaufkraft nimmt aufgrund dieser Politik erstmals seit Jahrzehnten ab, die Löhne sinken, die Unsicherheit wächst. Nur für eine neuerliche Erhöhung der Parteienförderung ist Geld da.

Die Steiermark würde jetzt eine Landesregierung brauchen, die sich der Probleme im Land annimmt, statt immer neue zu schaffen.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

reduziert, es bleiben aber noch immer 180 Euro monatlich über, dazu kommen Raten für die Nachzahlung, 50 Euro pro Monat – bei sonstiger Exekution. Eine Zahnreparatur und eine neue Brille, beides wäre nötig, war nicht mehr drinnen.

„Zum Glück war der Winter bisher recht warm“, erzählte uns Herr Z. Anfang Jänner. Denn der Öltank seiner Heizung ist fast leer und er kann nur stundenweise heizen. „Wie stellt sich die Landesregierung das vor? Ich zahle alles, was von mir verlangt wird, aber es

ist kein Ende in Sicht. So kann es nicht weitergehen.“

Ungleichheit in Österreich: Steirer zahlen, alle anderen nicht

Weg mit dem
dem
REGRESS!

Der Kampf geht weiter!
18.000 Unterschriften – aber Voves und Schützenhöfer mauern sich ein

ONLINE Petition!

KPO

www.kpoe-steiermark.at

Das EU-Parlament hat wenig Rechte und kostet sehr viel Geld

Die Versammlung im Schatten

Am 25. Mai findet die Wahl zum EU-Parlament statt. Österreich entsendet 18 von 751 Abgeordneten. In diesem Wahlkampf wird das Wichtigste verschwiegen: Diese Versammlung im Schatten hat nicht alle Rechte einer vollwertigen Volksvertretung.

Im Wahlkampf hört man es anders. Da wollen die einen Europa verändern oder stärken, die anderen wollen es sozialer machen, die dritten wollen weniger Europa, die vierten sind glühende Europäer und so weiter und so fort.

Dabei wird das Wichtigste verschwiegen: Über die Themen, die hier hochgespielt werden, entscheidet nicht das EU-Parlament,

sondern die EU-Kommission oder der EU-Rat, der von den Regierungen der Mitgliedsstaaten entsandt wird. Und hinter diesen Institutionen steht die wirkliche Macht: Banken und Konzerne, die bestimmen, was in Brüssel geschieht.

In der Eurokrise hat man das ganz deutlich gesehen: Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat manchmal in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gravierende Einschnitte durchgesetzt, die alle Menschen in der EU betroffen haben, ohne dass das Parlament auch nur befragt worden wäre.

Auch die Beschlüsse zur Militarisierung der EU und zur stärkeren Aufrüstung fallen ohne Mitwirkung des EU-Parlaments. Das ist kein Konstruktionsfehler, sondern von den Mächtigen so gewollt.

Ob die eine oder die andere politische Gruppe ein paar Mandate mehr oder weniger in dieser Schattenversammlung hat, ist von sehr geringer Bedeutung für die weitere Entwicklung der EU. Viel wichtiger sind die Massenproteste in den einzelnen Mitgliedsstaaten und die dortigen politischen Kräfteverhältnisse.

Teures Parlament

Das Parlament ist teuer. Die Abgeordneten des EU-Parlaments verdienen mehr als österreichische Nationalratsabgeordnete, sie haben sehr hohe Spesenbudgets und eine ausgesprochen günstige Pensionsregelung. 2 Milliarden Euro aus Steuergeldern werden Jahr für Jahr für eine nicht vollwertige Volksvertretung ausgegeben. Dazu kommen noch die Fördermillionen für die EU-Parteien und ihre Bildungseinrichtungen.

Auf Druck von Frankreich tagt das Parlament an zwei Orten: In Straßburg und in Brüssel.

Allein diese Kosten betragen 155 Millionen Euro im Jahr. Die Reisekosten werden in einem Bericht des EU-Parlaments aktuell (2013) auf etwa 200 Millionen Euro geschätzt, was etwa 10 Prozent des Gesamtbudgets des Parlaments entspricht. Es werden 5.000 Personen monatlich transportiert, sowie allein acht LKWs mit Akten. Obwohl das Gebäude in Straßburg nur 42 Tage im Jahr genutzt wird, muss es das ganze Jahr über beheizt werden.

Es nützt nichts, dass sich das Parlament in einem medienwirksamen Beschluss knapp vor der Wahl gegen diese Pendelei ausgesprochen hat. Die Entscheidung darüber haben die Regierungen



Foto aus dem Buch „offstage“ des unabhängigen EU-Parlamentariers Martin Ehrenhauser. Es kann unter www.ehrenhauser.at kostenlos bezogen werden.

– und Frankreich hat schon angekündigt, dagegen sein Veto einzulegen.

Viele Menschen bei uns haben erkannt, dass die EU-Wahl nichts verändert. Die Beteiligung ist in Österreich 2009 weit unter 50 Prozent gefallen und auch im Jahr 2014 kündigt sich eine sehr niedrige Wahlbeteiligung an. Dabei zeigt sich in fast allen Staaten, dass die Menschen diese Wahl zur Abrechnung mit der eigenen Regierung nutzen.

Der Unmut über SPÖ und ÖVP ist so groß, dass dies auch in Österreich der Fall sein könnte.

Wohnbauförderung: Graz gegen EU-Einmischung

Die hat EU-Wettbewerbsbehörde aufgrund von Investorenklagen gegen Staaten wie Schweden, Frankreich und die Niederlande entschieden. Geförderter Wohnbau soll nicht mehr zugelassen sein.

KPÖ-
Gemeinderat
Manfred Eber



setzen: „Qualitätsvolles und leistbares Wohnen für alle Menschen zu garantieren, ist Aufgabe sozialer Politik“, heißt es darin. „Geförderter Wohnbau muss daher für breite Schichten der Bevölkerung weiterhin zugänglich sein. Eine Einengung auf ausschließlich einkommensschwache Gruppen wird abgelehnt, da sie zu sozialer Segregation führen würde“, betonen die Bürgermeister.

Im Grazer Gemeinderat regte der KPÖ-Wohnungssprecher Manfred Eber an, dass sich auch die Stadt Graz diesem Protest anschließt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die EU verlangte daraufhin in mehreren Fällen eine Senkung der Einkommensgrenzen für geförderte Wohnungen. „Setzt sich dieser Kurs durch, wäre es das Ende des Sozialen Wohnbaus“, warnt Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

Bereits 27 europäische Städte – unter ihnen Wien, Berlin, Paris, Amsterdam und Barcelona – haben eine Resolution an die Europäische Kommission gerichtet, um sich gegen die Einmischung der EU in die Wohnbaupolitik der Nationalstaaten zur Wehr zu

Raus aus der EU!
Solidarstat statt EU-Konkurrenzregime!



www.solidarwerkstatt.at

Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:
www.solidarwerkstatt.at

DER STEINIGE WEG IN DIE UNABHÄNGIGKEIT

„Hart ist, nichts zu essen zu haben“

Heute steht er knapp vor seiner Lehrabschlussprüfung. Doch die letzten Jahre waren nicht leicht für Nenad Čurak, der seit dem 18. Lebensjahr auf sich allein gestellt ist. Sein Vorhaben drohte an der fehlenden Mindestsicherung zu scheitern.



„Wenn man unter normalen Familienverhältnissen aufwächst, spielt es keine Rolle, ob es Sozialleistungen wie die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) gibt oder nicht“, sagt Nenad Čurak, „aber Leute, die dieses Glück nicht haben, sollten doch auch die Möglichkeit haben, voranzukommen.“ Ziel des heute 21jährigen ist es, in Zukunft nicht mehr auf das Sozialsystem angewiesen zu sein. Und er ist auf dem besten Weg in diese Unabhängigkeit.

Auf eigenen Beinen

Vor wenigen Jahren aber sah die Welt für Nenad noch sehr trist aus. Im Alter von sechs Jahren hatte ihn seine Mutter, die bereits davor in Österreich lebte,

aus Kroatien zu sich geholt. Doch die Familienverhältnisse waren schwierig. Der Stiefvater konnte ihn nie akzeptieren. Nenad hielt nichts mehr daheim. Sein Ziel: Auf eigenen Beinen stehen. Doch wie war das zu schaffen ohne eigenes Einkommen, ohne Unterstützung von zu Hause?

Nenad musste das Gymnasium verlassen, denn da verdient man kein Geld. Bekannte verhalfen ihm zu einer ersten Bleibe, er nahm eine Lehrstelle als Großhandelskaufmann an. „Doch das Geld war knapp. Allein mit der Lehrlingsentschädigung kam ich nicht über die Runden“, erzählt der junge Mann. Es wurde ein harter Weg. Schließlich verlor Nenad auch noch die Lehrstelle. „Ich wusste einfach noch nicht recht, was ich wollte, musste mich neu orientieren“. Zum Glück bekam Nenad die Bedarfsorientierte Mindestsicherung zuerkannt, später eine günstigere Gemeindewohnung. Außerdem konnte er über das bfi eine überbetriebliche Lehre als Bürokaufmann beginnen.

Mindestsicherung gestrichen

Langsam ging es bergauf. Doch plötzlich im letzten Jahr die Hiobsbotschaft: Die Mindestsicherung wurde gestrichen mit der Begründung, als Lehrling stehe er dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, die BMS sei aber nur für Menschen gedacht, die aktiv arbeitssuchend seien.

„Das war ein schwerer Schlag für mich. Die kleine Entschädigung aus der überbetrieblichen Lehre reichte hinten und vorne nicht. Ich wusste nicht mehr, was ich zuerst zahlen soll, die Miete oder etwas zu essen.“ Obwohl er sparte, manchmal bei Freunden aß, manchmal gar nicht, drohte Nenad seine Wohnung zu verlieren. „Mein einziges Glück war: Als es gerade besonders schlimm war, kam ich in die Berufsschule. Viele wissen nicht, was es heißt, jeden Tag etwas zu essen zu haben. Für mich aber war es ein großes Geschenk in der Berufsschule ein Essen zu bekommen. Die Sorge, dass ich in der Zwischenzeit die Wohnung

Mindestsicherung für Lehrlinge

Lehrlinge können die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) beantragen, wenn sie **über 18 Jahre alt sind und selbstständig wohnen**

Wie? Formular für BMS downloaden auf

www.graz.at

Ausfüllen, Unterlagen lt. Homepage mitnehmen

Wo? Infopoint des Sozialamtes, Schmiedgasse

26, Hochparterre, Mo-Fr zwischen 8 und 12.30 Uhr

Infos: Tel. 0316/872-6311, 6312 od 6313

oder Büro Stadträtin Elke Kahr, Tel. 0316/872-2060

Alle Menschen sollen die gleiche Chance haben, im Leben voranzukommen“, sagt Nenad Čurak.

verliere, war aber trotzdem ständig in meinem Kopf.“

Hilfe in der Not

Doch es gab Stellen und Menschen, die Nenad in dieser Situation unterstützt haben: „Stadträtin Elke Kahr, Frau Wieltschnig vom Sozialamt, Arbeiterkammer und bfi – sie alle haben mir geholfen“, so Nenad: Gegen den Bescheid wurde Berufung eingelegt, das bfi kam entgegen, damit er schneller zum Abschluss kommt, die KPÖ brachte das Thema schließlich im Gemeinderat zur Sprache. Im Berufungsverfahren bekam der Lehrling schließlich Recht: Die Mindestsicherung wurde nachträglich zuerkannt. Außerdem hat das Land auf den politischen Druck reagiert und einen Erlass verabschiedet, demzufolge die BMS ab sofort allen Lehrlingen zusteht, wenn sie über 18 Jahre alt sind und selbstständig wohnen.

„Wissen Sie, man fühlt sich wie ein Schnorrer, wenn man als Bittsteller zum Sozialamt kommt. Hinzu kommt, dass ich als Lehrling ja arbeite, nur Geld zum Leben gibt es nicht genug dafür. Aber das wird nicht von allen so gesehen“, sagt der junge Mann.

Nenad hat es bald geschafft. Er will sich etwas aufbauen, wie er sagt, und unabhängig sein. „Und meine Kinder sollen einmal in normalen Verhältnissen aufwachsen können.“

L.I.N.K.

Pflichtschule nachholen!

Pflichtschulabschluss für Jugendliche und Erwachsene ab 16

„Gemeinsam geht alles leichter“: Der Verein MAFALDA und das Aus- und Weiterbildungszentrum (AWZ) am Abendgymnasium Graz bieten einen **Lehrgang zur Vorbereitung auf die Pflichtschulabschluss-Prüfung** an. Der Kurs dauert ein Jahr, die Teilnahme ist kostenlos.

Infos: www.mafalda.at

Alles nur Walzer?

Die Prominenz tanzt bei der 16. Opernredoute auf. Die Elite feiert den gesellschaftlichen Höhepunkt des Jahres. Doch abseits der Welt der Schönen und Reichen herrscht oft eine andere Realität.

Am 25. Jänner lädt das Grazer Opernhaus zum „gesellschaftlichen Höhepunkt des Jahres“, der Grazer Opernredoute. „Spitzenvertreter aus Wirtschaft, Medien, Politik, Gesellschaft und Kultur“ sind angekündigt. Sie versammeln sich neben anderen Ballbegeisterten mit gut gefülltem Portemonnaie „im schönsten Ballsaal der Welt“, um die „rauschendste Ballnacht“ des Jahres zu feiern.

Nach einem mehr oder weniger lukrativen Geschäftsjahr 2013 und ein bisschen einkalkulierter Wohltätigkeitsarbeit bevorzugt die gesellschaftliche Elite ihresgleichen. Hier kann man zeigen, wer man ist und was man hat, dank ORF und Tageszeitungen ist die Berichterstattung garantiert.

Im Dreiviertel-Takt dabei zu

sein, lässt man sich etwas kosten. Ohne Eintrittskarte geht selbstverständlich gar nichts. Nur den Fuß in das Opernhaus setzen zu dürfen, kostet bereits stolze 204 Euro. Möchte man den Luxus eines Tisches, muss man zwischen 90 und 198 Euro aufzahlen. Eine Loge für rund zehn Personen gibt es für 4.950 Euro. Die Ehrenloge für bis zu 20 Gäste links oder rechts ist um 19.950 Euro zu haben – exklusive Champagner, versteht sich.

Unter 2.500 Gästen wird wieder Gedränge herrschen und so mancher der 128 jungen Tänzerinnen und Tänzer der Fächerpolonaise erhofft sich wohl auch eine Eintrittskarte in die Welt der oberen Zehntausend. Neben den zahlreichen Programmpunkten werden mehrere tausend Blüten – darunter Rosen, Orchideen, Amaryllis und exotische Pflanzengattungen aus Südamerika – für einen Abend die Besucher erheitern.

Armut versus Reichtum

Ballereignisse wie die Opernredoute lassen leicht auf all jene Menschen vergessen, für die jeglicher Luxus ein Fremdwort ist.

Am 25. Jänner veranstaltet die Grazer KPÖ den Ball für Alle – die Volkshausredoute. Die Band „Kanal 4“ wird wieder musikalisch durch den Abend begleiten. Die Erlöse der **Benefiz-Veranstaltung** werden dem **Verein Achterbahn**, der sich für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen stark macht, und dem Verein **alpha nova**, der Menschen mit Behinderung oder psychischen Einschränkungen bei einem selbstbestimmten Leben mitten in der Gesellschaft unterstützt, zugutekommen.

Das AMS Steiermark verzeichnet mit Dezember 2013 einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen um 11,1 Prozent im Vergleich zum Dezember 2012. Derzeit sind rund 52.000 Menschen in der Steiermark ohne Job, weitere 8.000 besuchen sogenannte „Schulungen“.

Die Caritas betreut in Graz über die Arche 38, Team on und weitere Institutionen rund 250 Menschen, die ansonsten kein Dach über dem Kopf hätten. Auch die Vinzenzgemeinschaft fängt mit ihren Einrichtungen in Graz derzeit rund 230 Menschen auf. Anhand der genannten Zahlen und Fakten kann man sich überle-

Der Ball für Alle
Volkshaus Redoute
mit
KANAL 4

Eintritt: frei
Benefiz zugunsten von
Alpha Nova und Achterbahn

25.1.2014 20:00
Inlass: 19:00

Volkshaus Graz
Lagergasse 98a, 8020 Graz
Reservierung: 0316 712479

gen, wie sinnvoll die Zeichen sind, die mit so einer Ballnacht gesetzt werden.

KPÖ lädt zur Alternative

Als Alternative zu dieser Verschwendungssucht lädt die KPÖ seit 2007 zeitgleich zum „Ball für Alle“, der Volkshausredoute. Um freie Spenden statt Eintritt wird gebeten.

Die Erlöse kommen wie jedes Jahr sozialen Einrichtungen zugute. Heuer werden die Spenden den Vereinen alpha nova und Achterbahn (siehe Berichterstattung rechts) zur Verfügung gestellt, die sich um das Wohl von Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen kümmern.

Marienstüberball

Am selben Tag findet in der Kleiststraße 73 übrigens auch der traditionelle Marienstüberball statt. Er beginnt um 18.00 Uhr.



Singen im Volkshaus

im Volkshaus, Lagergasse 98a
jeweils Freitag, 19 Uhr

Wer gern singt, kann mit-
machen: Lieder und Chöre der
Arbeiter-
und
Friedens-
bewegung



Infos: eva.itzlinger@chorifeen.com

Allein leben mit Unterstützung Psychisch Erkrankte nicht im Stich lassen!

Wenn es schwer fällt, über den Tag zu kommen, wenn jeder Schritt vor die Tür Angst macht, stecken oft psychische Probleme dahinter. Die Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung kann helfen – doch der Sparstift droht mühsam Erreichtes zu zerstören.

Eine psychische Erkrankung macht das Leben der Betroffenen beschwerlich. Besonders nach einem Aufenthalt in der Psychiatrie fällt das Zurückfinden in den Alltag oft schwer. Doch es gibt Hilfe: Die Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung bietet mit speziell geschulten Menschen Unterstützung. Sie kommen nach Hause, helfen bei Arzt- und Behördengängen, beim Regeln von persönlichen Angelegenheiten oder sind einfach da zum Reden.

Steiermark „massiv unterversorgt“

Neben anderen Organisationen bietet alpha nova Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung (MSB) an. „Ziel dieser Betreuungsform ist es, den Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und stationäre Aufenthalte weitgehend zu vermeiden. Und das gelingt uns sehr gut“, erzählt Gerhard Zückert von alpha nova. „Von den 59 Klienten, die alpha nova seit 2011 betreut, hatten 15 – also rund einem Viertel – seit sie von der MSB betreut werden, keinen stationären Aufenthalt mehr, bei weiteren 13 – das sind 22% – konnte die Anzahl der Aufenthalte teilweise sehr stark gesenkt werden.“ Was den Betroffenen gut tut, hilft aber auch den Steuerzahler/innen, weil stationäre Aufenthalte besonders teuer sind.

Es wäre also sinnvoll, die Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung auszubauen. Doch erschre-

ckenderweise geschieht gerade das Gegenteil. Denn obwohl die Steiermark laut Sozialbericht der Steiermärkischen Landesregierung 2011/2012 mit sozialpsychiatrischen Dienstleistungen „massiv unterversorgt“ (Zitat) ist und die Gesamtversorgungsquote sogar nur 26 % beträgt, soll alpha nova die Betreuung nur noch bis Ende Juli anbieten dürfen.

Monatelang warten

Ursache dafür seien die hohen Kosten, die alpha nova verrechnet, hieß es anfangs seitens des zuständigen Landesrates Schrittwieser. Dieses Argument war aber schnell widerlegt, da für alle Träger der gleiche Stundensatz laut Leistungsverordnung des Landes bezahlt wird. Die Stundenanzahl wird per Bescheid bestimmt. Wahrscheinlicher ist da schon die Vermutung, dass durch eine Einschränkung des Angebotes und/oder der Qualität die Gesamtkosten gedrückt werden sollen.

Denn wer aus der Betreuung herausfällt, muss mit monatelangen Wartezeiten rechnen, bis er oder sie in einer anderen Einrichtung unterkommt. Laut Ursula Kahr vom Verein HPE (Hilfe für Angehörige psychisch Erkrankter) ist die Kündigung der MSB bei alpha nova für alle Beteiligten ein



Schock. „Gerade in diesem Bereich ist eine Kontinuität für die Menschen besonders wichtig. Doch zur Wartezeit auf einen neuen Betreuungsplatz von bis zu einem Jahr kommt noch die Umstellung auf eine andere Bezugsperson, was ebenfalls sehr belastend ist.“

Betroffene kämpfen um Erhalt

Die Betroffenen sind verunsichert und haben Angst. „In die Klinik will ich nicht mehr“ sagt einer von ihnen. Betroffenen Klienten und Angehörige haben daher gemeinsam mobil gemacht und die Initiative „Wir machen Wind!“ ins Leben gerufen (Facebook: wir.machen.wind). Im November hat die Initiative gemeinsam mit der Plattform 25 eine Mahnwache

für den Fortbestand der Mobilen Sozialpsychiatrischen Betreuung abgehalten.

„Bei alpha nova geht es nicht nur um die Zukunft von 59 Klienten, sondern auch um jene von 21 Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz zu verlieren drohen“, sagt Gerhard Zückert, der auch Betriebsratsvorsitzender bei alpha nova ist. In Gesprächen zwischen der Geschäftsführung von alpha nova und Soziallandesrat Schrittwieser soll eine Rücknahme der Vertragskündigung erreicht werden. Im Interesse aller psychisch Erkrankten muss es ein Ziel sein, dass nicht nur alpha nova weiter MSB anbieten darf, sondern dass diese Betreuungsform insgesamt weiter ausgebaut wird.



Kündigung der alpha nova Leistungen: Angehörige sind geschockt.



FRAUENBEAUFTRAGTE Stark für Frauen

Fünf Jahre lang war Maggie Jansenberger Unabhängige Frauenbeauftragte der Stadt Graz. Ende Februar legt sie diese Funktion zurück.

Auf den ersten Blick wirkt Maggie Jansenberger zurückhaltend. Dass sie sich aber durchaus nicht zurückhält, wenn es darum geht, sich für Frauen und ihre Rechte einzusetzen, hat Maggie Jansenberger, seit 2009 Grazer Frauenbeauftragte und Vorsitzende des Grazer Frauenrates, in den vergangenen fünf Jahren aber oft genug bewiesen.

Frauen Mut machen

Der Wunsch, sich für die Gleichberechtigung von Frauen einzusetzen, kam früh. Ein Buch von Frigga Haug sie überzeugte sie als Jugendliche: „Mädchen und Frauen beziehen vieles auf sich, sie suchen bei sich den Fehler, wenn

sie benachteiligt werden. Dabei ist Frauenbenachteiligung kein individuelles Problem, sondern eine Frage der Strukturen, sie hat System.“

Die Problemfelder, mit denen die Ombudsstelle der Frauenbeauftragten immer wieder konfrontiert ist, betreffen nahezu alle Lebensbereiche: Wohnen, Arbeit, Ausbildung usw. Dabei betont Jansenberger, wie wichtig es ist, Frauen immer wieder Mut zu machen, Fakten aufzuzeigen. „Eine Frau, die Betreuungs- und Versorgungspflichten und Beruf unter einen Hut bringen muss und sich überfordert fühlt, muss wissen: Es liegt nicht an deinem mangelnden Organisationstalent, sondern an gesellschaftlichen Bedingungen!“

Jansenberger sieht die Aufgabe der Frauenbeauftragten in zwei Bereichen: Strukturen zu verändern einerseits, aber auch Frauen in ihrer persönlichen Situation nicht allein zu lassen andererseits.

Viel erreicht...

Ein wesentlicher Schwerpunkt in ihrer Funktion als Frauenbeauftragte war die Bekämpfung von sexistischer Werbung. So ist es gelungen, in Graz die bundesweit erste Watchgroup gegen sexistische Werbung zu etablieren. Wien und Salzburg haben dieses Modell später übernommen und mittlerweile gibt es im Werberat zumindest einen eigenen Sexismusbeirat. „Es gibt auch Anfragen aus Deutschland“, freut sich Jansenberger über den besonderen Erfolg ihrer Arbeit. Sie betont, dass Erfolge nicht allein als ihre persönliche Leistung gesehen werden dürfe, sondern das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen des Frauenrates und anderer solidarischer Kräfte ist.

So konnte gemeinsam mit dem Frauenrat ein Pilotprojekt zur geschlechtergerechten Auftragsvergabe bei der GBG (Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH.) auf Schiene gebracht werden. Die

Vergabe von Aufträgen wird dabei an Frauenförderungsmaßnahmen gekoppelt.

...noch einiges zu tun

Die finanzielle Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz ist immer wieder Thema in der Funktion der Frauenbeauftragten. „Man muss stets von neuem die Beweisführung antreten, obwohl die Fakten längst evident sind“, beschreibt Jansenberger den Prozess als mühsam. So sei klar, dass die Schlechterstellung von Frauen am Arbeitsplatz neben der offensichtlichen geringeren Bezahlung auch auf anderen Wegen passiert, etwa durch eine niedrigere Einstufung, geringere Aufstiegschancen und unterschiedliche Weiterbildungsmöglichkeiten usw. „Trotzdem werde ich gefragt: ‚Können Sie uns eine Firma nennen, die Frauen schlechter bezahlt als Männer?‘“

Frauenauflauf

Die Stelle der Frauenbeauftragten wird nun für fünf Jahre neu ausgeschrieben, Jansenberger wird nicht noch einmal kandidieren. Als Kämpferin für die Rechte der Frauen bleibt sie, etwa als Frauenratsmitglied oder bei der überparteilichen Frauendemonstration am 8. März, die unter dem Titel „Frauenauflauf“ stattfinden wird.

Was Jansenberger ihrer Nachfolgerin wünscht? „Jede Menge Frauensolidarität!“ Das Grazer Stadtblatt wünscht Maggie Jansenberger alles Gute.



8. MÄRZ: JETZT VORMERKEN:

Frauenauflauf

Frauendemonstration

Samstag, 8. März, 10.30 Uhr
Treffpunkt: beim Künstlerhaus/Kombüse

Keinen Schritt zurück:

KPÖ-Aktion zum Internationalen Frauentag

Freitag, 7. März, 9-12 Uhr,
Herrengasse, vor dem Landhaus

Vorkämpferinnen der Arbeiterinnenbewegung: Clara Zetkin und Roza Luxemburg

werkraum

THEATER
YOGA
ZEN

werkraum studio
Glacisstraße 61 A, 8010 Graz
www.werkraumtheater.at

HEIM-WEH-DOMO-TO-Ž-JE

Heimat, Muttersprache, Vaterland? Ritter, Retter, Mythos, Held? Mut statt Wut? Heimat, sind wir am Ende mit deinem Wort? Sinnieren, reflektieren, sortieren, notieren, archivieren – sich erinnernd...

Bilder, wohin der Blick sich auch wendet, überall und in jedem Moment, Bilder...

Aufführungen: 18. Jänner, 1. und 15. Februar, 1. und 15. März 2014 jeweils 19:00, werkraum studio, Glacisstr. 61 A, 8010 Graz
karten@werkraumtheater.at, www.werkraumtheater.at

Buch: Blauensteiner & Kanzian • Visual – Regie: Franz Blauensteiner • Produktion, Dramaturgie Slo&Dt: Rezka Kanzian

Buchtipps



Hochspannung in Friaul

Der steirische Autor Reinhard M. Czar unternimmt in seinem neuen Krimi eine kleine Reise und führt durch die schönsten Regionen des Friaul. Hochspannung inklusive.

Der Inhalt verspricht Hochspannung: Drei Morde überschatten den Palio di San Donato, ein Fest zu Ehren des Stadtheiligen der legendären friulanischen Langobardenstadt Cividale. Als dann auch noch eine österreichische Forscherin entführt wird, gehen für den Kommissar Camilleri die Ermittlungen los.

Das Buch führt tief in die Geschichte der Langobarden sowie durch die spektakulärsten Regionen Friauls – von Cividale bis ans Meer nach Grado und in die Bergwelt von Sauris.

Reinhard M. Czar: „Die Teufelsbrücke“ – ein Friaul-Krimi

Verlag: CM Medienverlag
ISBN: 978-3-900254-92-6, Preis: 15,90 Euro

Im Buchhandel, bei allen gängigen Internet-Händlern oder online bestellen direkt beim Verlag: www.medienverlag.at

GRAZER
Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61

E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at //

DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Auf sprachliche Geschlechtsdiskriminierung wird zugunsten der Gleichheit verzichtet.


<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Programm

alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

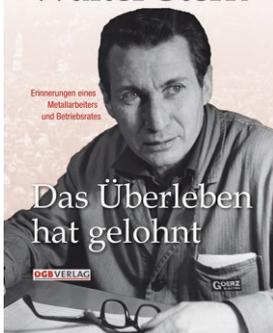
prol.kino zeigt: „Fahrraddiebe“ / „Line of Sight“ / „With My Own Two Wheels“

Fr, 31. Jänner, 19 Uhr:
Drei Filme über das Radfahren

Die Geschichte des Films ist eine Geschichte der Autokultur. Eine Ausnahme bildet der Klassiker „Fahrraddiebe“ aus dem Jahr 1948. Darüber hinaus zeigen wir „With My Own Two Wheels“. „Line of Sight“ gibt einen Einblick in die neue Fahrradkultur.



Walter Stern

Walter Stern: Das Überleben hat gelohnt »
Mittwoch, 5. Februar 2014, 19 Uhr.

Erinnerungen eines Metallarbeiters und Betriebsrates

Walter Stern, geb. 1924, verbrachte seine Kindheit und Jugend im „Roten Wien“. In den 30er Jahren, sein Interesse gilt mehr dem Fußball als der Politik, machte er als Jude erste Erfahrungen mit dem stark zunehmenden Antisemitismus, vor dem er im August 1939 nach Palästina flüchtete – seine Eltern wurden vom NS-Regime ermordet. 1945 arbeitete er bei der Suche nach Nazi-Kriegsverbrechern mit, ab 1947 war er in der KPÖ und später in der GE (Gewerkschaftliche Einheit) aktiv. In Graz wird Walter Stern seine Erinnerungen vorstellen.
Begrüßung: Kurt Luttenberger (GLB)

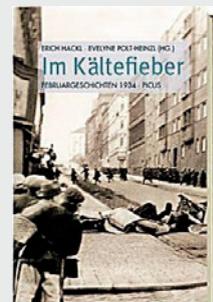
Im Kältefieber. Februargeschichten 1934

Lesung mit **Erich Hackl & Birgit Stöger**. Freitag, 14. Februar 2014, 19 Uhr

Stadtrundgang mit Heimo Halbrainer auf den Spuren des Februar 1943 in Graz

Samstag, 15. Februar 2014, 14 Uhr

Treffpunkt: Arbeiterkammer, Hans-Resel-Gasse 8-14, 8020 Graz. (Siehe auch Seite 14).



prol.kino zeigt: **Roque Dalton, Erschossen wir die Nacht!**

Dokumentarfilm von Tina Leisch über Roque Dalton

Dienstag, 18. Februar, 18 Uhr 30

im KIZ Royal, Conrad von Hötzendorfstrasse 10, 8010 Graz

Eine Veranstaltung des Bildungsverein der KPÖ Steiermark in Kooperation mit dem KIZ Royal.

Kartenreservierung unter: 0316/821186

Lesung & Konzert mit Robert Stadlober, Thomas Ebermann,
Frank Spilker, Manuel Schwiers und Knarf Rellöm

Erich Mühsam: Begnadeter Schüttelreimer, Münchner Räterevolutionär, Bohemien, langjähriger Festungshäftling, Kabarettist, Anarchist, Caféhausliterat, von den Nazis im KZ ermordeter Jude. Wohlmeinende Ratschläge, er solle sich doch besser festlegen, ob er Künstler

oder politischer Aktivist sei, ergingen häufiger an ihn.

Mühsam verwarf solchen Rat: „Immer, wenn man mich einen Don Quichote nannte, wusste ich, dass ich auf dem richtigen Weg bin.“

Robert Stadlober und Thomas Ebermann **lesen** szenisch, Frank Spilker (Die Sterne), Manuel Schwiers (School of Zuversicht) und Knarf Rellöm (Knarf Rellöm X) besorgen die Musik, **vertonen** seine Gedichte – alle drei und zudem Robert Stadlober spielen auch eigene Songs.

Freitag, 28. Februar 2014, 19 Uhr, KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus/Ljudski Dom, Lagergasse 98a, 8020 Graz

Kartenvorverkauf ab 27.1., Karten im Zentralkartenbüro (Herrengasse 7) oder unter 0316/712959.

KLEINANZEIGEN

Zu verkaufen:

Yamaha-Pianino, Oberflächliche Nuss, guter technischer Zustand, Preis 1.800 Euro. Tel 0664/9241 767.



Elektrische **Zitruspresse** 5 Euro. **Spültischarmatur** (original verpackt, inkl. Anschlusszubehör und Einbauleitung) 20 Euro. **Wasserkocher** (original verpackt) 8 Euro. **Dekoratives Bild** (60x45): Blumenarrangement 20 Euro. **Reisetrolley** mit 4 Rädern, 3 Außentaschen, nach Bedarf durch Elektrozip Volumenvergrößerung möglich, ausziehbarer Bügelgriff, Größe 40x20x60 13 Euro. Poltz, Tel. 0650/846 231.

Freizeitpartnerin von 20-35 für Spaziergänge uvm. im Raum Graz von nettem jungen Herrn gesucht. Tel. 0650/4527645 oder lebensfreude@chello.at



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



Chuck: ist ein ca. 2-jähriger, kastrierter Staffordshire Bull Terrier Rüde. Er hat ein freundliches, aufgewecktes Wesen und ist bewegungsfreudig.



Neron: ist ein männlicher, 9-jähriger Kroatischer Schäfer. Freundlich und aufgeweckt. Macht gerne ausgedehnte Spaziergänge (Braucht Platz ohne Kleinkinder).



Sumsi: ist eine etwas schüchterne weibliche Katze. Sie braucht einen Platz, wo man genug Zeit und Geduld hat, um ihr Sicherheit zu schenken.



Mausi: ist eine freundliche weibliche Katze mittleren Alters. Lässt sich gerne streicheln, wenn man sie findet. Sie sucht einen Platz mit Freigang.



Mucki: ist eine weibliche Katze, die anfangs etwas schüchtern ist. Sie hätte gerne einen guten Platz mit Freigang.



Jill: ist eine schüchterne weibliche Katze, die bereits steril ist. Sie braucht noch etwas Zeit, um Vertrauen zu fassen und sich einzugeöhnen.



Chinchillas: Drei Chinchillas suchen gemeinsam Zuhause. Sie sind handzähm und warten auf einen chinchillaerfahrenen Besitzer. Sind nicht für Kinder geeignet!



Hopsi: ist ein weibliches Kaninchen und sucht einen guten neuen Platz mit einem oder mehreren Artgenossen.

GRAZER
Stadtblatt-Schwedenrätsel

- Sie sinken, obwohl das Antrittsalter steigt.
- Alle Jahre wieder werden sie von der KPÖ offengelegt.
- Leistung muss es sein – nicht nur auf Kasernengrund.
- In der Oper tanzt die Haute-Volée, dort aber gibt's den Ball für alle.
- 1918 wurde der Acht-Stunden-Tag erkämpft. Geht's nach SPÖ und ÖVP, sollen wir nun so viele Stunden arbeiten.
- Wird sie gewählt, sollte man GLB-KPÖ ankreuzen.
- Ihn kann man nicht sehen, hören, riechen oder schmecken. Und doch verursacht er Atemnot.
- Von ihnen gibt es 17 in Graz – ihre Budgets sind leider mager.
- Dieser Monat wurde zum Symbol des Widerstands der österreichischen Arbeiterschaft gegen den Faschismus.
- Das Wort hatte einmal eine positive Bedeutung – heute heißt es aber nur mehr Kürzen und Zusperrern.
- Ihr Parlament ist zahn- und einflusslos.
- Obwohl Zehntausende unterschrieben haben, weigert sich die rot-schwarze Landesregierung, ihn abzuschaffen.
- Abkürzung für Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung.
- Für sie hat Maggie Jansenberger sich fünf Jahre lang stark gemacht – und wird es auch weiterhin tun.

Das Lesen des Grazer Stadtblatts kann bei der Beantwortung hilfreich sein! Senden sie Ihre Lösung an: stadtblatt@kpoe-graz.at Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost. Post: Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13



MASKENBALL

SAMSTAG, 8. FEBRUAR 2014



EINTRITT/PERSON: € 3.-

VVK: € 2.-

**ES ERWARTET EUCH TOLLE MUSIK,
SPIEL UND SPASS
WIR FREUEN UNS AUF EUREN BESUCH**

**IM VOLKSHAUS
LAGERGASSE 98a**

BEGINN: 15 UHR



Schach- Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösistubn.

Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28. • Vereinsmitgliedschaft gratis.

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinzeige:
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316 / 71 62 91 stadtblatt@kpoe-graz.at

**Mieternotruf
717108**

www.kpoe-graz.at/mieternotruf

Auf keinen Menschen vergessen!

Elke Kahr. **KPU**



WINTERWOCHE in St. Radegund



- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: € 175,-
abzgl. Landeszuschuss

Auskunft und Anmeldung:

Kinderland
Steiermark
Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at



OSTERWOCHE in St. Radegund



- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: € 175,-
abzgl. Landeszuschuss

Auskunft und Anmeldung:

Kinderland
Steiermark
Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

MOROSOFF KOSAKEN



KONZERT:

Igor Morosoff und das Trio Balalaika präsentieren Kosaken-Lieder.

Igor Morosoff und das Trio Balalaika beehren wieder mal das Volkshaus und präsentieren Lieder der Kosaken!

**Samstag, 15. Februar 2014,
19 Uhr 30
Volkshaus Graz,
Großer Saal,
Lagergasse 98a, 8020 Graz**

**VVK: 14 Euro / AK: 16 Euro
Kartenreservierung unter:
0650 4231788**



AMSEL-Arbeitslosen-TREFF – Achtung neuer Ort!
im **Infoladen Schwarzes Radieschen**, Steinfeldgasse 2, 8020 Graz
InfoTel: 0699 81 537 867. DIE NÄCHSTEN TREFFtermine:
Do 30. Jänner und Do 13. Februar 2013
von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr. www.amsel-org.info

AMSEL-Hotline für arbeitslose-Menschen in Bedrängnis: **0681 102 703 42**

RADIO HELSINKI
Freies Radio Graz

**92.6
MHZ**

Arbeiterkammerwahl 2014: 27. März bis 9. April 2014

DENKZETTEL



wähl' ~~☉~~ Liste 5

GLB-KPO



Gute Arbeit: Kurt Luttenberger